IDS

SPRACH REPORT

P 20157 F

3/90

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

Herausgegeben vom Institut für deutsche Sprache

Deutsch in der Europäischen Gemeinschaft – zweitrangig?

von Joachim Born

»Beispielhafte Sprachpolitik« jubelte der Leitartikler Reinhard Olt am 17. März 1990 in der »FAZ«. Er bezog sich in seiner Euphorie auf eine vom französischen Minister für Frankophonie, Alain Decaux, verkündete Maßnahme, die Finanzierung für Kongresse künftig nur noch dann zu übernehmen, wenn gewährleistet sei, daß deren Tagungssprache die Nationalsprache, also das Französische, sei. Warum könnte das nicht auch als Modell für deutsche Sprachpolitik – gegebenfalls unter der Ägide der Wiesbadener »Gesellschaft für deutsche Sprache« (GfdS) oder des Mannheimer »Instituts für deutsche Sprache« (IDS) – gelten, sinniert er weiter.

Knapp vier Wochen später, am 12. April 1990, druckt dieselbe Zeitung einen *»Brief an die Redaktion«* ab, in dem der Erlanger Deutsch-als-Fremdsprache-Didaktiker Theodor Ickler Reinhard Olt des *»anachronistischen Rufs nach einer Sprachwächter-Institution«* bezichtigt, wobei er eben diese Art von Sprachpolitik *»als nach außen ›imperialistisch‹, nach innen ›puristisch‹«* geißelt. Beide, Olt und Ickler, verfolgen – wenn ich sie richtig verstanden habe – ein gemeinsames Ziel: Die deutsche Sprache sollte sich um mehr Geltung bemühen, sie sollte im Ausland mehr unterrichtet und mehr erlernt werden. Setzt der eine auf zentralistische Sprachpolitik, schwebt dem anderen eher das Prinzip der Freiwilligkeit vor.

Für die möglichen Wege zu dem Ziel, die deutsche Sprache, sei es als Fremdsprache, sei es als Amts-, Gremien- oder Institutionensprache, zu fördern, sind die beiden hier aufgeführten Standpunkte gewissermaßen exemplarisch: Sollte man, wie Olt fordert, eine Einrichtung wie die GfdS oder das IDS mit umfassenden Kompetenzen ausstatten, vergleichbar etwa der Académie française, um offensiv den Gebrauch der deutschen Sprache zu fördern, oder sollte man auf derartige »Gralshüter« – auch in Erinnerung an die zuweilen unselige Funktion des »Allgemeinen Deutschen Sprachvereins« – verzichten und vielmehr versuchen, der deutschen Sprache ein Prestige auf nicht-amtlicher, also eher auf kulturell, sozio-ökonomisch, touristisch oder ähnlich begründeter Basis zu verschaffen?

Einig sind sich die meisten mit der Materie befaßten Journalisten, Politiker, Beamten, Wirtschaftsführer und nicht zuletzt Linguisten, daß etwas getan werden muß. Je größer Europa, d.h. Europa im Sinne von »Europäischer Gemeinschaft« wird, desto mehr verliert die deutsche Sprache an Bedeutung. War das Deutsche neben dem Französischen noch eine der dominierenden Sprachen in der ursprünglichen, sechs Staaten umfassenden EWG (wenn auch rangmäßig schon damals hinter dem Französischen), so wurde es nach der Erweiterung zunächst auf neun, dann Zug um Zug auf zwölf Nationen immer mehr vom Englischen als Amts- und Umgangssprache verdrängt.

Aus dem Inhalt

Sprachkritik mit Sachverstand
von Bernd Ulrich Biere S. 3

Sprache des Unmenschen
von Rainer Jogschies S. 4

»Jeder ist Fundamentalist ...«
von Ute Gerhard/Rolf Parr/Benno Wagner S. 6

Rechtschreibreform – 2. Wiener Gespräche
von Wolfgang Mentrup S. 11

Kämpfersprache und Sprachkrämpfe
von Andreas Musolff S. 13

Auch wenn nach wie vor sämtliche Nationalsprachen der einzelnen EG-Mitgliedsstaaten (also auch Spanisch, Italienisch, Portugiesisch, Griechisch, Niederländisch und Dänisch, Ausnahme: Irisch) *de iure* gleichrangigen Status haben und Dokumente in alle offiziell anerkannten Sprachen zu übersetzen sind, hat sich doch *de facto* ein klares Übergewicht des Englischen und Französischen über die restlichen Sprachen herauskristallisiert. Die Alltagsrealität hat bewirkt, daß sie sich als *linguae primae inter pares* etabliert haben.

Sitzungsunterlagen, Tagungseinladungen und EG-weite Ausschreibungen werden oftmals nur in Englisch und Französisch verschickt bzw. mit zeitlicher Verzögerung in die anderen Sprachen übertragen. Die »Wirtschaftswoche« vom 18. August 1989 zitiert in ihrem Artikel *»Man spreche Deutsch«* die Klagen des Leiters des Koordinierungsreferats Europapolitik im Bundesministerium für Wirtschaft, Michael Burkert, und des Vertreters des Bundesverbands der Deutschen Industrie in Brüssel, Notker Küng, die unisono eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten deutscher, vor allem mittelständischer Unternehmen bedauern: der Startvorteil der Briten und Franzosen liegt auf der Hand.

Das Lamento ist aber durchaus zweischneidig; während Briten und Franzosen häufig einsprachig sind (nach einer Aufstellung von »Newsweek«, 13. März 1989, 74% bzw. 67%), ist das Erlernen mindestens einer Fremdsprache für Deutsche für die berufliche Karriere unabdingbar (sieht man vielleicht von der Politik und dem Sport ab), und so gefallen sich deutsche Journalisten, Eurokraten und Wirtschaftsführer gleichermaßen darin, mit ausländischen Kollegen auf englisch oder französisch zu parlieren – ein ganz natürliches Phänomen, da jeder seine Fremdsprachkenntnisse nicht nur vorzeigen, sondern auch konservieren, wenn nicht verbessern möchte.

Hier liegt die Crux: eine solche Mehrsprachigkeit ist zwar nur zu bejahen, es sollte aber genauso selbstverständlich werden, daß ein Brite mit einem Italiener in dessen Landessprache spricht, wie umgekehrt. Natürliches »Code-switching«, wie es zum Beispiel in Luxemburg seit Jahren Alltag ist, muß zur Selbstverständlichkeit werden. Wie ein solches Wechseln aus der einen in die andere Sprache funktioniert, illustrierte vor kurzem der Direktor der Luxemburger »Bibliothèque nationale«, Jul Christophory, in seinem Referat *»Der ›language-switch‹ im Alltag eines luxemburger Kulturinstituts«* in Eichstätt[1]: Wird ein Gesprächspartner eindeutig als Einheimischer identifiziert, redet man mit ihm in einer der drei Landessprachen, dem ausgebauten moselfränkischen Dialekt, im Lëtzebuergschen; mit ausländischen Arbeitnehmern – fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung Luxemburgs – spricht man Französisch (die zweite Landessprache), insbesondere wenn sie aus Portugal, Spanien oder Italien stammen; andere Ausländer – Diplomaten, Beamte, Bankangestellte, Kaufleute etc. – schätzt man erst ein und wendet sich ihnen dann auf Hochdeutsch (der dritten Landessprache), Französisch oder Englisch zu. Daß dabei Blüten nicht ausbleiben, wie etwa eine mit einer deutschen Universitätsbibliothek in Englisch geführte Korrespondenz, gehört sicherlich zu den skurrilen Randerscheinungen einer schizoglossischen Situation.

Ein zusammenwachsendes »Europa« wird es sich nicht leisten können, seinen plurilingualen Charakter aufzugeben – der Einigungsprozeß darf nicht zum englisch dominierten *melting pot* führen, es dürfen keine cisatlantischen »United States of Europe« entstehen. Dem ehemaligen bayerischen Kultusminister, dem Münchner Philosophen Hans Maier ist nur zuzustimmen, wenn er formuliert:

> *»Hätte die europäische Einigung zum Ziel nur eine Leit- und Hegemoniesprache, so würde sie all die Sprachgruppen zurücksetzen und benachteiligen, die über eine alte literarische Tradition und ein eigenes kulturelles Selbstverständnis verfügen. Der Konfliktstoff, der im sprachlichen Unifizierungsstreben läge, wäre offenkundig – der Verlust der sprachlichen Identität der Länder wäre der Tod Europas selbst«* (FAZ, 7. April 1990)[2]

Der Zeitpunkt, den Status des Deutschen in EG-Institutionen zu erhöhen, ist derzeit – so paradox es klingen mag – einerseits so günstig wie selten zuvor, andererseits jedoch ungünstig. Günstig, weil 17 Millionen Noch-DDR-Bürger in Kürze wohl der EG angehören werden und weil weitere 7,5 Millionen Österreicher ans Tor der EG klopfen und damit Deutsch weit mehr Muttersprachler umfassen wird als Englisch oder Französisch. Nicht zuletzt der »Wirtschaftsmarkt Deutschland« wird eine gewisse Anziehungskraft für das Erlernen der deutschen Sprache bieten.

Ungünstig aber ist der Zeitpunkt deswegen, weil gerade die Vereinigung der deutschen Staaten wenn nicht schon Ressentiments, so doch zumindest gemischte Gefühle bei einer Reihe von Nachbarstaaten auslöst, die gewiß nicht durch eine aggressive Sprachpolitik im Sinne einer Germanophonie zu beruhigen sind. Während Spanisch als Weltsprache und Italienisch als Sprache jahrhundertealter, weit verbreiteter Literatur einer solchen Entwicklung gelassen entgegensehen könnten, müßten Sprecher des Dänischen, Niederländischen, Griechischen und vielleicht auch des Portugiesischen, ganz zu schweigen von Sprechern von Subnationalsprachen, befürchten, daß die Bedeutung ihrer Idiome weiter sinkt, wenn sich zu zwei bevorzugten Sprachen eine dritte gesellt.

Eine Aufwertung der deutschen Sprache wird viel Fingerspitzengefühl erfordern, politische Faktoren (etwa Anerkennung der Westgrenze Polens, aber auch die Entwicklung in den Staaten des Warschauer Paktes) sind wahrscheinlich weitaus wichtiger als noch so erfolgreiche Bemühungen in Schule, Universität und Erwachsenenbildung oder der Austausch von Schüler-, Sport- und anderen Gruppen.

Konsequenz daraus kann eigentlich nur sein, daß dem Fremdsprachenunterricht EG-weit (und nicht nur in den kleineren Ländern) irgendwann eine ähnlich wichtige Rolle beigemessen werden wird wie der Festlegung der Preise für Schweinefleisch und Butter, der Quotierung von verschiedenen landwirtschaftlichen Produkten, dem Verbot von Subventionen für notleidende Industrien wie Werften oder Kokereien oder dem Kampf für oder wider das Reinheitsgebot bei Bier und Wurst, die in Deutschland, oder Pasta, die in Italien verkauft werden sollen.

Ziel für Fremdsprachendidaktiker, Linguisten, überhaupt für alle, die an der Mehrsprachigkeit der Menschen interessiert sind, muß die Forderung sein, daß jeder Schulpflichtige zwei lebende europäische Fremdsprachen erlernen **muß** (schließlich werden ja auch vier naturwissenschaftliche Fächer verlangt). Dabei wäre wünschenswert, daß Englisch **nicht** die erste Fremdsprache sein darf, da sowieso jeder danach trachtet, sich zu irgendeinem Zeitpunkt diese Sprache anzueignen.

Ich möchte zum Schluß noch einmal Hans Maier zitieren, der in einer anderen Publikation[3] ein leidenschaftliches Plädoyer für Fremdsprachenunterricht hält:

IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für deutsche Sprache, Postfach 101621, 6800 Mannheim, Tel.: 0621/4401-0
Redaktion: Bernd Ulrich Biere, Bruno Strecker, Eva Teubert
Druck: Druckhaus Beltz, Hemsbach/Bergstraße – ISSN 0178-664X
Auflage: 2500
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Jahresabonnement: DM 12,–; Einzelheft: DM 4,–. Bezugsadresse: Institut für deutsche Sprache, Friedrich-Karl-Straße 12, Postfach 101621, 6800 Mannheim 1

»Wir müssen Schulen und Universitäten, und auch die Erwachsenenbildung, mehrere Fremdsprachen führen lassen, wir dürfen keine Hierarchie der Sprachen dulden; es wäre verfehlt, wenn sich Europa allmählich mit Englisch begnügen wollte. Französisch, Russisch, Italienisch, Spanisch – und in aller Bescheidenheit auch Deutsch – dürfen als europäische Kulturträger höchsten Ranges im Fächerangebot nicht fehlen, wie auch die Pflege der slawischen Sprachen […] und die Bewahrung der Dialekte zu den Aufgaben europäischer Kulturpolitik gehört.«

Daß dazu viel Geduld, guter Wille und nicht zuletzt beträchtlicher finanzieller Aufwand vonnöten sind, versteht sich von selbst. Sollte aber in allen Ländern der EG ein Wille zur konsequenten Förderung von Mehrsprachigkeit auszumachen sein, dürfte sich das Problem der Vormachtstellung vor allem des Englischen von selbst lösen. Insbesondere wird man denjenigen, die eine angemessene Verwendung des Deutschen in den verschiedenen EG-Gremien fordern und wünschen, dann nicht mehr einen wie auch immer gearteten Sprachchauvinismus vorwerfen, sondern ihren Kampf um Gleichstellung des Deutschen als Bemühen um eine plurilinguistisch und multikulturell ausgerichtete europäische Staatenfamilie sehen.

Anmerkungen

1 Vortrag, am 25. Mai 1990 im Rahmen des V. Romanischen Kolloquiums gehalten.
2 Bei diesem Artikel handelt es sich um eine gekürzte Fassung eines Vortrags anläßlich des 25jährigen Jubiläums der Robert-Bosch-Stiftung in Stuttgart.
3 Maier, Hans: Das Problem der Mehrsprachigkeit in einem politisch zusammenwachsenden Europa. In: Hättich, Manfred/Pfitzner, Paul Dietmar (Hg.): Nationalsprachen und die Europäische Gemeinschaft. Probleme am Beispiel der deutschen, französischen und englischen Sprache. München 1989, S. 79–89.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsstelle »Mehrsprachigkeit« des Instituts für deutsche Sprache.

Sprachkritik mit Sachverstand

Auszeichnung für Dieter E. Zimmer

von Bernd Ulrich Biere

In einem Festakt in der Alten Aula der Heidelberger Universität hat die Wiesbadener Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) am 11. Mai 1990 zum zweiten Mal ihren »Medienpreis für Sprachkultur« verliehen.

Was macht den Wert eines Preises aus, *»der den geehrten nicht gerade mit materiellen Reichtümern überhäuft«*, fragte Rudolf Hoberg in seiner Laudatio auf den diesjährigen Preisträger Dieter E. Zimmer. Das Gewicht der Preisverleiherin, die Bedeutung des Preisträgers und – so kann man ergänzen – natürlich die Sache selbst, für die die Auszeichnung vergeben wird.

Der Preisträger

»Sprachkultur« also, um deren Förderung in den und durch die Medien sich Dieter E. Zimmer in einer Weise verdient gemacht hat, die die Entscheidung des Preisgerichts als ausgesprochen glücklich erscheinen läßt. Zimmer entspricht nicht dem Bild des Sprachgärtners, der keine Zweifel hegt, welches »Unkraut« es im wildwuchernden Garten zu jäten oder – in der Metaphorik der Sprachglossen – zu *»vertilgen«* oder *»mit Stumpf und Stiel auszurotten«* gelte. Wenn er allerdings meinte, jede neue sprachliche Erscheinung sei ihrer Zeit angemessen und entspreche notwendigerweise den Kommunikationsbedürfnissen der Sprachgemeinschaft, so daß man die Sprache oder die Sprecher nur sich selbst zu überlassen brauche *(»Leave your language alone!«)*, wäre er kaum als Kandidat für einen »Medienpreis für Sprachkultur« in Betracht gekommen. Zimmers sprachkritische Essays zeichnen sich dadurch aus, daß es ihm, wie in der Verleihungsurkunde hervorgehoben wird, *»nicht um punktuelle Kritik von sprachlichen Einzelphänomenen auf dem Hintergrund fragwürdiger und unreflektierter Normen, sondern um kritische Darstellung sprachlicher Erscheinungen und Tendenzen in größeren Zusammenhängen«* geht und dadurch, daß sie *»sachkundig, differenziert, originell […], anschaulich und in ihren Urteilen tolerant«* sind.

Gegen Leichtfertigkeit, Inkompetenz und Arroganz

All dies trifft auf die gängige journalistische Sprachkritik meistenteils leider nicht zu. Rudolf Hoberg charakterisierte jene leichtfertige Spielart von Sprachkritik in seiner Laudatio treffend. Sie zeichnet sich aus

> *»durch ein hohes Maß von Leichtfertigkeit, Inkompetenz und Arroganz […]. Man nimmt punktuell Anstoß an bestimmten Veränderungen, zieht häufig zu schnell verallgemeinernde, mehr emotional als rational bestimmte Schlüsse und kann keine Rechenschaft über die Kriterien seiner Kritik abgeben. Sprachliche Veränderungen werden in der Regel mit Unbehagen registriert, und man sieht daher – wie die meisten Angehörigen der Bildungsschicht – vor allem negative Tendenzen in der derzeitigen Sprachentwicklung.«*

Es gibt nur wenige deutschsprachige Journalisten, auf die dieses Urteil nicht zutrifft und einer von ihnen ist eben Dieter E. Zimmer.

Die alte Sprachpflege …

Mit einer solchen kritischen Einschätzung der herkömmlichen und immer noch allzu weit verbreiteten Praxis der Sprachkritik und Sprachpflege einerseits und mit der Auszeichnung eines Publizisten, der eher in die Tradition aufklärerischer Sprachkritik (vgl. SPRACHREPORT 2/88, S. 2 ff. und 3/88, S. 1 f.) einzuordnen ist, erscheinen schließlich auch die sprachpflegerischen Aktivitäten der Preisverleiherin, der Gesellschaft für deutsche Sprache, in einem neuen Licht. Günther Pflug, Vorsitzer der Wiesbadener Gesellschaft, hat dies in seinem Grußwort unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Die unselige Geschichte des »Allgemeinen Deutschen Sprachvereins«, der 1885 von Hermann Dunger ins Leben gerufen wurde, und sich derart sprachpuristisch (Schaffung einer *»deutschen Reinsprache«*) gebärdete, daß sich schon damals 41 Gelehrte – unter ihnen Theodor Fontane – in einer gemeinsamen Erklärung öffentlich gegen die Gründung einer »Reichsanstalt der deutschen Sprache«, gegen die Regelung des Sprachgebrauchs »von oben« wandten, ist Lehre genug. Trotzdem verband das öffentliche Bewußtsein mit der Gründung der Gesellschaft für deutsche Sprache wohl die Erwartung, die Gesellschaft werde *»gewissermaßen der verlängerte Arm des Lehrers«* sein, sie werde *»Normen, Regeln, Verbote aufstellen, und immer wieder in Erinnerung rufen«*. Diese Erwartung habe – so Pflug – *»der Sprachpflege etwas Statisches verliehen, ein Zögern gegenüber jeder sprachlichen Neuerung,*

die fast stets zuerst als eine Regelwidrigkeit empfunden wurde«.

... und die neue

Von dieser rückwärts gewandten sprachpflegerischen Attitüde hebt sich das Selbstbild der Gesellschaft für deutsche Sprache inzwischen erfreulich ab. Sie stehe seit einiger Zeit – so Pflug – dem Phänomen des Sprachwandels *»aufgeschlossener«* gegenüber, sehe sich mit einer Entwicklung konfrontiert, *»in der ihr die frühere Selbstsicherheit des ›Richtig-Falsch‹-Gegensatzes abhanden«* gekommen sei.

Die Konsequenz ist jedoch nicht ein schlichtes Laissez-faire, sondern ein neues und, wie mir scheint, sinnvolles Verständnis von Sprachpflege. Zu entscheiden ist nicht allein, ob eine sprachliche Neuerung die Norm verletzt. Zu fragen ist vielmehr, ob *»in der Normabweichung eine Kraft (liegt), die die Sprache erweitert, dem Ausdrucksbedürfnis einer neuen Zeit entspricht«.* Damit ist allerdings nicht nur die *»ästhetische Dimension«* als Beurteilungsmaßstab angesprochen, sondern wohl auch die funktionale. Ob eine Äußerung »richtig« oder »falsch«, »gut« oder »schlecht«, »schön« oder »häßlich« ist, hängt nicht zuletzt davon ab, wie gut sie die ihr zugedachte Funktion, unter Umständen auch eine ästhetische, zu erfüllen imstande ist.

Die alten Maßstäbe *»Sprachrichtigkeit«, »Sprachreinheit«* und *»Sprachschönheit«* (Georg Philipp Harsdörffer, 1644) reichen nicht mehr aus; *»mit Aderlassen oder Blutegelansetzen kommt man nicht mehr zu Rande«* (A. Brandstetter); gleichwohl erscheint die Suche nach neuen Bewertungsgrundsätzen nicht aussichtslos. In Anlehnung an Wolfgang Klein hat Alois Brandstetter in seinem Vortrag auf der Jahrestagung 1989 des Instituts für deutsche Sprache fünf solcher Kriterien benannt: Angemessenheit, Verständlichkeit, Wohlgefallen, Einfachheit, Notwendigkeit.

Daran gemessen, wird die Sprache nicht schlechter oder besser: *»... der Sprachgebrauch (...), die Sprachverwendung ist zu allen Zeiten relativ gut, das heißt aber auch relativ schlecht, also kritikwürdig«* (A. Brandstetter).

Sprachkritik ist also keineswegs überflüssig geworden, vielleicht nur ein wenig komplizierter. Wer sich dieser Aufgabe widmet, sollte es nicht leichtfertig tun, sondern sachkundig, reflektiert, verständlich und tolerant. Damit sind wir wieder bei Dieter E. Zimmer und bei den guten Gründen, gerade ihn mit dem »Medienpreis für Sprachkultur« auszuzeichnen.

Literaturhinweise

Brandstetter, Alois: Über Qualitätsverlust und -konstanz in der Sprache. In: G. Stickel (Hrsg.), Deutsche Gegenwartssprache. Tendenzen und Perspektiven. Jahrbuch 1989 des Instituts für deutsche Sprache. Berlin/New York: de Gruyter 1990, S. 292–301.

Klein, Wolfgang: Der Wahn vom Sprachverfall und andere Mythen. In: Lili. Zeitschrift für Linguistik und Literaturwissenschaft 62 (1986), S. 11–28.

Der Text der Ansprachen anläßlich der Verleihung des »Medienpreises für Sprachkultur« ist nachzulesen in »Der Sprachdienst«, Heft 3/1990: G. Pflug: Die Sprache – ein wesentlicher Teil unseres kulturellen Ausdrucks; V. Sellin: Sprachkultur–Pflege des Instruments der Sprache; H. Hoffmann: Sprache und Kultur; R. Hoberg: Dieter E. Zimmer als Sprachkritiker; Dieter E. Zimmer: Wie viele Wörter hat der Mensch?

DIE SPRACHE DES UNMENSCHEN LEBT FORT

Erfahrungen mit alltagsorientierter Sprachkritik am Beispiel einer Anthologie*

von Rainer Jogschies

Die Unterschiede zwischen dem erfolgreichen Klassiker *»Aus dem Wörterbuch des Unmenschen«* und seiner (kaum mehr als im Titel darauf anspielenden) Fortsetzung *»Aus dem* neuen *Wörterbuch des Unmenschen«* sind größer als die Absatzdifferenz (über 100.000 vs. knapp 3000) ohnehin vermuten läßt. Während Sternberger, Storz und Süskind die Zeit des Dritten Reiches noch unmittelbar vor Augen hatten und ihre Kritik auf das Fortleben sprachlicher Muster in der jungen Bundesrepublik zielte, wunderten sie sich mit jeder Neuerscheinung mehr, daß ihre Kritik noch Gültigkeit haben solle und ihre Rezeption trotz des größer werdenden zeitlichen Abstandes vom Ursprung ungebrochen anhielt.

Demgegenüber hatten die Autoren von *»Aus dem* neuen *Wörterbuch des Unmenschen«* durchaus die Schnelllebigkeit ihrer Kritik im Blick: sie wollten von vornherein konkret in Sprachverhalten eingreifen. Ihre sehr verschiedenen Sprach- und Denkwelten zusammenzuführen, sie in einem Buch zu »verklammern« (wie das neudeutsch so häßlich heißt), war nur über einen aktuellen politischen Bezug möglich: Seit der »Wende« 1983 hatten Unionspolitiker, allen voran Heiner Geißler, die *»Besetzung der Begriffe«* als Mittel der politischen Machterhaltung propagiert. Dabei war vor allem auf Sprachruinen wie beispielsweise *Familie, Heimat, Vaterland, Pflichten, Tugenden, Leistung, Elite, Ordnung* (so von CDU-Planungsgruppenchef Wulf Schönbohm) gebaut worden. Diese konservative Propagandastrategie hatte erste Erfolge vor allem in der Publizistik gezeigt. Zum Zeitpunkt der Buchkonzeption wurden zeitgleich der Bundestagswahlkampf und die Historikerdebatte geführt, deren Zusammenhang vermutlich größer als gemeinhin angenommen ist. Diese Rahmenbedingungen einten die Autoren, engten sie aber thematisch keinesfalls ein.

Konzept der Sprachkritik

Das Konzept für *»Aus dem* neuen *Wörterbuch des Unmenschen«* wich in drei Arbeitsprämissen von dem klassischen Vorbild ab:

- Abkopplung von der sprachkritischen Tradition

Der Bruch mit der sprachkritischen Tradition von Sternberger, Storz und Süskind sollte aus dem Ghetto der beruflich mit Sprache Befaßten hinaus-

führen zu einem sprachkritisch orientierten Leserkreis, wobei die fehlende Festlegung auf eine klar konturierte Zielgruppe, beispielsweise Deutsch-Lehrer, ein zumindest verlegerisches Risiko war.

- Öffnung für den konkreten Alltagsgebrauch

Die grundlegende Hypothese, daß sich jenseits politischer Kontinuitäten seit dem Dritten Reich Sprachmuster entwickelt haben könnten, die unmenschliche Sprache prägen, ohne daß wir deren Ursprünge sprachgeschichtlich oder historisch verorten können, sollte den Umgang mit vorgefundenen Begriffen zumindest anfänglich von der notwendigen »sprachlichen Trauerarbeit« freistellen und dem in der gleichzeitig wabernden Historiker-»debatte« unvorbereiteten Leser einen möglichst konkreten Alltagsbezug ermöglichen.

- Politisierung der Sprachkritik

Die dennoch betriebene Politisierung und damit Polarisierung mit verschiedenen Mitteln der Sprachkritik sollte zum vermuteten Kern der erwarteten Auseinandersetzung führen: nämlich die hinter den Wörtern schlummernden Welten sprachlich bloßzulegen, deren Werte und Normen auch in einem vierzigjährigen gesellschaftlichen Lernprozeß hin zu einer nicht bloß formalen demokratischen Verfassung noch immer nicht diskursfähig sind. »Unaufgeregtheit« in Politik und öffentlichem Leben kann langfristig nur über und durch eine Entemotionalisierung zentraler Kategorien erfolgen.

Probleme der Sprachkritik

Dies ist nicht in allen Beiträgen gelungen. Die durch die Alltagshintergründe und die seinerzeit aktuellen zentralen Stichwörter vorgegebene Vielfalt hat bereichert, aber auch die Konzentration auf ein längerfristiges Kritikkonzept gegen die konservative Besetzungsstrategie erschwert. Zwischen Stichwörtern wie *maximale Arbeitsplatzkonzentration* und *Abstandsgrün* wirkten tagespolitisch bereits stark emotional diskutierte Reizwörter wie *Asylant, Eliteförderung* oder *Vergangenheitsbewältigung* übermächtig. Das kalkulierte Eingreifen in politischen Alltag barg zudem ungeahnt das Risiko einer von außen zufallenden, unbeabsichtigten Umdeutung in sich: der Beitrag von Björn Engholm beispielsweise, zum Stichwort *Zwischenfall,* schien bis zur letzten Zeile eine Allegorie auf das nach Erscheinen des Buches bekannt werdende Barschel-Pfeiffer-Komplott zu sein.

Auch kam trotz allen Bemühens um eine offene Kritiksituation der unbegründete, aber naheliegende Verdacht der sprachlichen Selbstreinwaschung auf. Konzeptionell war dies kaum zu vermeiden. Ebenso wie Helmut Kohl, der um einen Beitrag zum Stichwort *Vergangenheitsbewältigung* gebeten wurde, entzog sich auch der seinerzeit noch würdig amtierende andere deutsche Staatschef, Erich Honecker:

Die Pflege und Verteidigung der »Sprache als Realität des Gedankens«, wie Karl Marx sich ausdrückte, ist unzweifelhaft ein begrüßenswertes Unterfangen. Wollen Sie mir trotzdem nicht übelnehmen, wenn ich mich Ihrem Wunsch nach der Beteiligung an einem Buch zur Sprachkritik in der Bundesrepublik versage.

Schlüsse für die weitere Sprachkritik

Neben fachlichen Einwänden zur Methodik *(»Dürftigkeit des theoretischen Ansatzes«,* der zudem mit *»zuviel moralischem Hau-Ruck belastet«* sei) dominierten die politischen Argumente zum Gegenstand des Interesses: Dabei war nicht einmal so sehr kontrovers, ob diese Form der Sprachkritik überhaupt einen wie auch immer gearteten Nutzen haben könne, sondern vielmehr die Angst, daß *»wo jeder durch unbedachten Sprachgebrauch unwissentlich zum Unmenschen werden kann, es letztlich auch wieder keiner ist«.*

In beiden Grundpositionen wurde jedoch eine Chance des zugegebenermaßen »unwissenschaftlichen« und politisierenden Ansatzes übersehen: bereits im Dialog über Sinn und Unsinn des Unternehmens wurde ganz praktisch Sprachkritik betrieben, die sonst unterblieben wäre. Ein Autor diskutierte seinen entstehenden Beitrag immer wieder im Bekanntenkreis, obwohl er zunächst nicht an eine Gesprächsbereitschaft und Selbstreflexion der vermeintlich als Unmenschen Denunzierten geglaubt hatte – er selber war über die dabei empfundene Enge seiner eigenen Sprache überrascht.

Ein Jahr nach Erscheinen der Anthologie bat das bremische Lehrerfortbildungsinstitut zu einer Veranstaltung zum Buch. Das Interesse war nicht eben übermäßig, doch die gemeinsame ansatzweise Konzipierung denkbarer Unterrichtseinheiten zeigte über den noch kaum erschlossenen Stoff hinaus, daß bei den betroffenen Lehrern bisher weniger die konkrete Sprachkritik im Vordergrund ihrer didaktischen Überlegungen stand als vielmehr das allgemeine Unwohlsein über einen zunehmenden Sprachverlust in der Schule überhaupt.

Dennoch hat sich kein zweiter Verlag zu einer Wiederauflage, geschweige denn zu einer Weiterführung des Projektes entschlossen. Der Ullstein-Verlag, der, wie erwähnt, die klassische Anthologie seit 1986 wieder im Programm hat, schrieb folgendermaßen ab:

Die neueste Erweiterung der harmonisierenden und verharmlosenden Pseudosprache hat in den letzten Jahren eine so rasante Entwicklung genommen, daß dies Buch neben all den spektakulären Schrecklichkeiten ohne Hilfe der Werbung einen schweren Weg vor sich hat. Und für spezifische Werbung haben wir – wie oft haben Sie das schon gehört? – leider kein Geld.

Literaturhinweis

* Aus dem neuen Wörterbuch des Unmenschen. Hrsg. v. Rainer Jogschies, mit Beiträgen von Robert Jungk, Björn Engholm, Iring Fetscher, Wolfgang Schmidbauer, Karin Struck, Henning Scherf, Heinz Galinski, Axel Eggebrecht, Peter Gatter, Franz Steinkühler u.a. (Eichborn-Verlag, Frankfurt 1987).

Der Autor ist freiberuflicher Journalist in Hamburg und war Herausgeber der Anthologie *»Aus dem* neuen *Wörterbuch des Unmenschen«.*

Zeit für Zeugnisse

Anders als in Schulzeugnissen sind die Noten in Arbeitszeugnissen zu interpretieren.

Note: sehr gut
Er hat die ihm übertragenen Arbeiten stets zu unserer vollsten Zufriedenheit erledigt. Er war kontaktwillig, gab bereitwillig rechtzeitige, vollständige Informationen. Er arbeitete selbständig nach klarer, durchdachter eigener Planung und strebte optimale Lösungen mit Erfolg an.

Note: befriedigend
Er hat unseren Erwartungen in jeder Hinsicht entsprochen. Sein Verhalten gegenüber Vorgesetzten war einwandfrei. Er arbeitete selbständig und strebte optimale Lösungen meist mit Erfolg an.

Note: ungenügend
Er hat sich bemüht, die ihm übertragenen Aufgaben zu unserer Zufriedenheit zu erledigen. Sein Verhalten im Dienst war angemessen. Er erfaßte das Wesentliche und bemühte sich, sinnvolle Lösungen zu erreichen.

Ute Gerhard/Rolf Parr/Benno Wagner

»Jeder ist Fundamentalist von irgend etwas«

Zur Geschichte eines vagabundierenden Begriffs

Der Begriff *Fundamentalismus* hat im vergangenen Jahrzehnt eine beachtliche Karriere gemacht: vom religiösen Sammelnamen über das politische Schlagwort bis hin zum politologischen Konzept.[1] Das ist nicht allein aus seinem semantischen Begriffsumfang oder dem erstaunlich weit gefächerten Spektrum seiner Bezugsgegenstände zu erklären, also weder allein linguistisch noch allein semiotisch. Denn deutlicher als bei anderen Begriffen läßt sich am Beispiel *Fundamentalismus* eine zusätzliche Ebene **diskursiver** Regularität beschreiben.[2] Dabei handelt es sich um denjenigen Mechanismus, der im Zusammenspiel mit linguistischer und semiotischer Regularität die Verknüpfung verschiedenster gesellschaftlicher Praxisbereiche durch den Umschlag von semantischen Merkmalen zwischen ihnen herstellt. Während einzelne Praxisbereiche wie Politik, Religion, Ökonomie auch ihre spezifischen Diskurse ausbilden, funktioniert ein Begriff wie *Fundamentalismus* diskursverbindend: **interdiskursiv.** Vor allem dieser interdiskursive Mechanismus soll im folgenden aufgezeigt werden. Der Beitrag zielt also nicht auf sprachpflegerische Korrekturen im Begriffsfeld, sondern er will die Funktionsweise des Begriffs *Fundamentalismus* aus historischer Perspektive nachzeichnen.

Fundamentalismus – ein interdikursives Ereignis

Die Geschichte des Signifikanten *Fundamentalismus*[3] läßt sich bis zum Anfang dieses Jahrhunderts zurückverfolgen. An hervorgehobener Stelle erscheint er erstmals im Titel einer Schriftenreihe, die zwischen 1909 und 1912 von einer Bewegung extrem konservativer Protestanten gegen die theologisch vermittelte Exegese und für eine strikte Orientierung am Wortlaut der Bibel herausgegeben wird: »The *fundamentals.* A testimony to the truth«. Die Anhänger dieser Bewegung, die sich nach dem Titel der Reihe selbst als *Fundamentalisten* bezeichnen, schließen sich 1919 in einer »World bible conference« in Philadelphia zum Widerstand gegen jede Form von Modernismus zusammen. Ihr Kampf richtet sich etwa gegen die Verdrängung des biblischen Schöpfungsberichtes durch die moderne Evolutionstheorie, gegen die »Revised Standard Version« der Bibel (1952) und gegen die Abschaffung des gemeinsamen Schulgebets in den 60er und 70er Jahren. In den achtziger Jahren kommt es im Zeichen des Fundamentalismus zu einer Erfolgswelle amerikanischer Fernsehprediger (Jerry Falwell, Pat Robertson u. a.), die auch in Europa Beachtung findet.

Zu einer interdiskursiv bedeutenden Ausweitung des Begriffs führte die iranische Revolution. Seit dem Sturz des Schahs im Februar 1979 werden Chomeini und seine Anhänger als »islamische« oder »religiöse« *Fundamentalisten* bezeichnet. Gleichzeitig wird der Begriffsinhalt sowohl verändert (Verschiebung von einer »rechtskonservativen« auf eine »links-revolutionäre« Position) als auch erweitert. Während sich nämlich die westdeutschen Medien in der ersten Phase der iranischen Revolution vor allem einer detaillierten Beschreibung der für den westlichen Leser fremden islamischen Soziokultur widmen (drakonisches Strafrecht, strenge Gläubigkeit, verschleierte Frauen, keine westliche Freizeit- und Konsum-Kultur), dient der Fundamentalismus-Begriff seit der Flucht des Schahs zunehmend der Bündelung solcher Details und wird so allmählich zum Synonym für das täglich in den Medien verbreitete Charakter-Bild des »fanatischen«, »wahnsinnigen«, »unerbittlichen«, islamischen Gläubigen. Aufgrund weiterer, religiös bzw. theologisch motivierter Konnotationen wie »Anspruch auf Irrtumslosigkeit«, »Messianismus« und »Intoleranz« läßt sich der Begriff in schon bekannte Feind-Bilder aus dem Bereich der Politik integrieren:

> »In fast allen Araber-Staaten sind islamische *Fundamentalisten* am Werk, die eine mächtige Stütze an den ölreichen Saudis und auch an Libyens Gaddafi haben. Sie organisieren ihre Bewegung nach dem Muster *totalitärer Parteien des Westens*« (DER SPIEGEL, 12. 2. 1979).

Schon vor dieser folgenreichen Kopplung verschiedener Religionen sowie von Religion und Politik durch die Übertragung einer Reihe negativer Merkmale taucht das Wort *fundamental* in der öffentlichen Diskussion auf, und zwar zunächst zur positiven Kennzeichnung einer gegen die Integrationskraft des westdeutschen Parteiensystems bezogenen Position. In seiner 1967 veröffentlichten Schrift »Die Transformation der Demokratie« legt Johannes Agnoli eine grundlegende Analyse des parlamentarischen Steuerungsmechanismus in der Bundesrepublik vor. Dem integrierenden *»Sog des Ausgleichs«* und der *»Klebrigkeit des parlamentarischen Regierungssystems«* (S. 77) vermag demnach allein eine *Fundamentalopposition* zu widerstehen:

> »Von den Vorteilen einer pluralen Fassung der einheitlich gerichteten Politik war schon die Rede. Die *reibungs- und störungslose Zirkulation* bleibt erhalten und bürgt für den Erfolg des *Steuerungssystems* nur, wenn alle politischen Kräfte sich in die Regelung finden. Eine *fundamentaloppositionelle Organisation,* die sich gegen die vom Verfassungsstaat geschützten Strukturen [...] wendet, *stört den Betrieb* und kann ihn unter Umständen *zerstören*« (S. 73).
>
> »Das Interesse der parlamentarischen Gegenpartei, Kontrollfunktionen auszuüben, muß in dem Maße schwinden, in dem ihre Führungsgruppe sich in den *Entscheidungsmechanismus* einbaut oder – was auf das gleiche hinausläuft – sich zum Wechselteil dieses *Mechanismus* entwickelt. Nur *Fundamentalopposition* ist daran interessiert, politische und gesellschaftliche Mißstände schonungslos aufzudecken« (S. 81).

Fundamental ist aus dieser Perspektive allein jene Position, die sich dem herrschaftsfunktionalen Selbstlauf des politischen Systems entgegenstellt. Freilich bleibt diese Position bei Agnoli kaum mehr als die Negation einer unabhängig von den Interessen der Bevölkerung funktionierenden parlamentarischen »Maschine« (siehe Hervorhebungen).

Ebenfalls als oppositionelles Konzept, aber mit stärkerer Betonung des positiven Status anthropologischer und sozio-kultureller Strukturen taucht der *Fundament*-Begriff bei Rudolf Bahro auf. Schon in seiner 1977 erschienenen *»Alternative«* wirft er dem Marxismus-Leninismus die Eliminierung der im Denken des jungen Marx noch zentralen anthropologischen Konstanten zugunsten der abstrakten und variablen Gesetze einer entfremdeten Industriegesellschaft vor:

> »Der ursprüngliche Marxismus – daran will ich hier noch einmal erinnern – hält am Kommunismus als vollendetem Naturalismus fest und betrachtet in diesem Zusammenhang die Individualität *nicht nur historisch-relativistisch,* sondern auch als Schnittpunkt jener *gattungsmäßigen Fundamentalbedürfnisse*
> – nach existentieller Sicherheit aufgrund sozialer Geborgenheit,
> – nach Entwicklungsanreiz aus sozialer [...] Kommunikation,
> – nach sozialer Bestätigung und Anerkennung der Individualität als des höchsten selbstbezogenen Wertes,
> – nach Gebrauch aller entwickelten individuellen Kräfte im Sinne von Selbstverwirklichung durch autonomes Handeln im Bezugrahmen einer Gemeinschaft« (S. 490f.).

In der 1980 erschienenen Schrift »Elemente einer neuen Politik« tritt der Begriff des *Fundaments* dann systematisch an die Stelle des Marx'schen Begriffs der »Basis«, der für Bahro zu sehr ökonomisch fixiert ist:

> »Das Thema ›herrschender Block‹ legt nahe, sogleich auf der politischen Ebene einzusteigen. Statt dessen sollten unsere konzeptionellen Überlegungen jetzt unmittelbar am *Funda-*

ment des sozialen Ensembles ansetzen. Wenn wir uns zu unmittelbar darauf stürzen, über das Machtsystem, seine innere Differenzierung, unser Verhalten zum Staat, zu den Institutionen, zu den einzelnen Parteien, speziell zur Sozialdemokratie, zu diskutieren, können wir leicht übersehen, wie tief die relative Stabilität der politischen Verhältnisse in sozialen Interessenkombinationen verwurzelt ist. Der herrschende Block ist zweifellos Ausdruck der gegebenen Produktions- und Lebensweise überhaupt« (S. 189f.).

Bei Bahro sind die menschlichen *Fundamentalbedürfnisse* und das soziale *Fundament* zwar die Ausgangspunkte für die Überwindung sowohl des realsozialistischen wie des kapitalistischen »Machtsystems«; dennoch warnt er vor der Vorstellung, sie ermöglichten eine »unmittelbare« Kritik dieses Systems ohne weitere analytische und praktische Bemühungen.
Auf eben diese Vorstellung wird jedoch der Signifikant *Fundamentalopposition* verkürzt, als er zu Beginn der 80er Jahre als Kennzeichen für die parlamentarische Strategie der neuen GRÜNEN Partei auch in den Interdiskurs der Tagespresse eindringt. Zunächst sind es die GRÜNEN selbst, die, wie zuvor schon Agnoli und Bahro, im positiven Sinne von *Fundamentalopposition* reden. So erklärt etwa Petra Kelly in einem Interview mit dem SPIEGEL (Nr. 24/17. 5. 1982):

> »Ich glaube, daß gerade die entmündigten Frauen eine *Fundamentalopposition* wollen. [...] Die sehen doch nur, wie der *Wille des Volkes* verbogen wird. Teile der Jugend glauben im Grunde gar nicht an die parlamentarische Demokratie. [...] Dieses System muß es ertragen können, daß eine Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments wirklich *reine Opposition* macht. [...] Wir wollen *ungehindert sprechen* können [...]«.

Daß freilich die Vorstellung einer »ungehindert« sich äußernden Stimme, eines »unverbogenen Volkswillens« reine Illusion ist, wird durch nichts überzeugender belegt als durch die weitere Funktionsgeschichte des Signifikanten *fundamental/Fundamentalismus* selbst. Diese Geschichte läßt sich darstellen als Abfolge interdiskursiver Ereignisse: Durch die Übertragung in andere Bedeutungs- und Praxisbereiche werden der Status und die Funktion des Signifikanten schrittweise verändert, erweitert und spezifiziert.

Von der *Fundamentalopposition* zum *Fundamentalismus*

Eine Fallstudie zur Realpolitik der westdeutschen Presse

Nach den ersten parlamentarischen Erfolgen der Grünen und Alternativen sehen sich die politischen Parteien und die Medien mit einer neuen Gruppierung konfrontiert, die das parlamentarische System grundsätzlich in Frage stellt; zugleich aber bejaht diese Gruppierung eine ganze Reihe der tragenden Werte dieses Systems und kann schon aus diesem Grund nicht einfach über das in den 70er Jahren bewährte »Kommunismus«- bzw. »Marxismus«-Verdikt als »systemfeindlich« ausgegrenzt werden. Die politische Ordnung der BRD wird durch das paradoxe Phänomen einer »Anti-Parteien-Partei« (P. Kelly) nachhaltig gestört, die sich gegen alle Einordnungen in die symbolische Ordnung nach dem Schema »links/rechts«, »innen/außen« und »Mitte/Rand« sperrt. In dieser Situation erweist sich der Signifikant *Fundamentalismus* für die irritierten Beobachter der politischen Landschaft gewissermaßen als das interdiskursive Ei des Kolumbus.

Schon zu dem Zeitpunkt, als Petra Kelly so unbefangen und enthusiastisch von *Fundamental*opposition redet, hat sich eine weitere Ausdehnung des negativ besetzten Fundamentalismus-Begriffs angebahnt. Eine wichtige Voraussetzung für seine klammheimliche Übertragung vom außenpolitischen Störfaktor »Chomeini« auf den innenpolitischen Störfaktor »DIE GRÜNEN« bildet die Gleichzeitigkeit der Ereignisse. Das bloße Nebeneinander der Berichte über die persische Revolution und die Parlamentarisierung der GRÜNEN begünstigt entscheidend ihre idealtypische Ineinssetzung. Ein augenfälliges Beispiel liefert die Politik-Seite der FAZ vom 8. 11. 1979.
Der Umbruch bildet hier die Folie für die Gleichsetzung der beiden »Störungs«-Typen. Obwohl die beiden kleinen Meldungen rechts im Gegensatz zum Bericht aus Bremen durchaus im Zusammenhang mit der in der Karikatur zumindest konnotierten Problematik der Ölversorgung stehen, dürfte die große Mehrzahl der Leser/Betrachter der Seite in erster Linie die Verbindung zwischen den Vorgängen im Iran und in Bremen wahrnehmen. Eine wichtige typisierende Rolle spielt in beiden Fällen die Hervorhebung »ungewöhnlicher Kleidung«, denn dieses Merkmal ist durch die Iran-Berichterstattung weitgehend automatisiert. Ein weiterer, beide Szenerien kennzeichnender Komplex von Bedeutungsmerkmalen läßt sich mit »Gewalt, Aggression, Kon-

Grüne Kleider – bunte Blumen Auszug aus der Bürgerschaft

Eine stürmische Sitzung in Bremen / Von Wolfgang Heyen

BREMEN, 7. November. Vor einem Monat wurden sie gewählt, am Mittwoch zogen sie als erste „Grüne" in ein deutsches Landesparlament ein — und schon gab es Krawall. Der erste Auftritt der vier Abgeordneten der „Grünen" im Plenum der Bremischen Bürgerschaft dauerte genau 65 Minuten, doch verlief er stürmischer als manche andere Sitzung dieses Hohen Hauses. Der amtierende Präsident des Landtags, Ehlers (CDU), gab sich alle erdenkliche Mühe, soviel Normalität wie möglich herzustellen. Es war vergeblich — die „Grünen" verließen unter Protest wieder den Saal.

Äußerst unfreundlich und ungalant begrüßt wurde die „grüne" Abgeordnete Josette Delphine Brox (im grünen Kleid) schon vor den Portalen der Bürgerschaft von Bremer Bürgern: „Was hat die Französin hier zu suchen? Sie soll nach Frankreich zurückgehen", scholl es der Dame mit den zwei Pässen gehässig entgegen.

Unmittelbar danach bot die konstituierende Sitzung des neu gewählten bremischen Landesparlaments ein einmaliges Bild. Peter Willers, Vorsitzender der Gruppe der „Grünen", trug eine große grün gestrichene Laubsägearbeit vor sich her, gefolgt von seinen drei Kollegen mit bunten Herbstblumensträußen. Ostentativ nahmen sie nicht auf den vier Sitzen Platz, die ihnen im Hintergrund (vorläufig) reserviert worden waren. Stehend verbrachten sie die nächsten 65 Minuten im Plenarsaal neben dem Podium des Präsidiums — sie beanspruchten Plätze links von der SPD, doch die hanseatischen Sozialdemokraten wollten links von sich keine „Grünen" sehen.

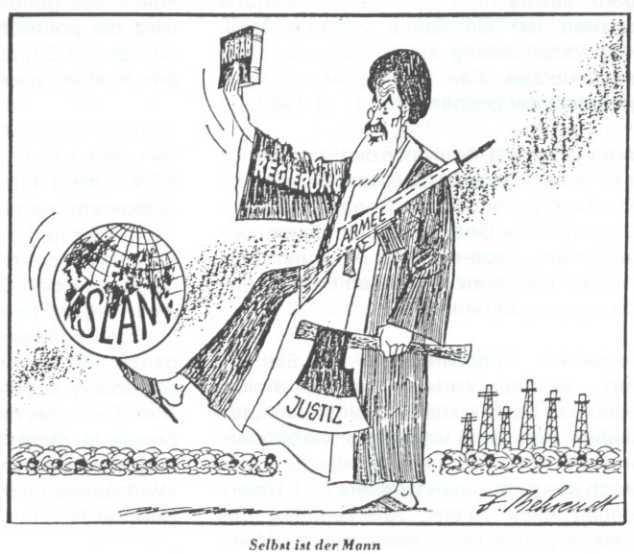
Dann entlud sich eine Geschäftsordnungsschlacht, in deren Verlauf auch nach Ansicht von „etablierten" Juristen der SPD und der FDP Formfehler des amtierenden Präsidenten gemacht wurden. Es ging darum, daß sich ein „Grüner" eingangs zu Wort meldete, aber nicht zu Wort kam. Die Wortmeldung wurde überrollt durch eine Abstimmung, nach der vorläufig die alte Geschäftsordnung aus der vorigen Legislaturperiode gültig sein sollte, bis das Präsidium der Bürgerschaft gewählt wurde. Danach erst sollte über die parlamentarischen Rechte der „Grünen" in Abänderungsanträgen zur Geschäftsordnung diskutiert und befunden werden, wobei SPD und CDU den „Grünen" zwar nicht den Fraktionsstatus mit entsprechenden finanziellen Zuwendungen zugestehen wollten, wohl aber das Recht, Anträge zu stellen und Anfragen einzubringen. Die „Grünen" hatten dagegen schon vorher einen Antrag eingebracht, mit dem die gesamte Geschäftsordnung abgeändert werden sollte.

Da der amtierende Parlamentspräsident die Wortmeldung zu diesem Antrag nicht zuließ, zogen die „Grünen" protestierend aus dem Saal. „Die Grünen' sind entrechtet worden, bevor das Parlament sich überhaupt konstituiert hat", sagten sie vor Journalisten. Ihr Abgeordneter Adamietz, ein Rechtsanwalt, kündigte einen „Organ-Verfassungsstreit" vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an, einzuleiten durch eine einstweilige Verfügung. Allen Ernstes behaupteten die „Grünen", daß die in ihrer Abwesenheit vollzogene Wahl des Landtagspräsidiums und die des Bremer Senats „nicht rechtsgültig" seien. Der im Hintergrund stehende Rudi Dutschke heizte seine grünen Freunde zusätzlich an: „Mit leninistischen Tricks haben sie euch ausgeschaltet."

„Unruhe ist hier im Hause, weil man sich gestört fühlt", hatte der Abgeordnete Adamietz den „Etablierten" zugerufen, als er schließlich das Wort erhielt. Er wehrte sich dagegen, daß seine Gruppe parlamentsoffiziell nicht die Bezeichnung „Grüne", sondern die Abkürzung BGL (Bremer Grüne Liste) erhalten solle. Zudem haben die „Grünen" die Landtagswahl beim Landeswahlleiter angefochten, weil sie trotz eines landesweiten Stimmenanteils von über 5 Prozent durch das getrennte Wahlrecht für Bremen und Bremerhaven nur vier der insgesamt 100 Mandate erhielten. Diese „doppelte Fünfprozentklausel" wollen sie nicht hinnehmen.

In Abwesenheit der „Grünen" wurde dann das Präsidium der neuen Bürgerschaft gewählt — der Sozialdemokrat Dieter Klink ist wieder Landtagspräsident.

Für die SPD quittierte deren neuer Fraktionsvorsitzender Wedemeier den ersten Auftritt der „Grünen" mit den Worten, deren Wähler hätten eine solche „Kür oder Pflichtübung" sicherlich nicht von ihren Abgeordneten erwartet. CDU-Fraktionschef Neumann sprach von einem „nicht ernst zu nehmenden Schauspiel" und FDP-Chef Lahmann von einer „Arroganz der Minderheit".



Selbst ist der Mann

Sadat: Israel erhält Öl zu Opec-Preisen

KAIRO, 7. November (Reuter). Ägypten will Israel für ein Jahr zwei Millionen Tonnen Öl aus den Feldern der Halbinsel Sinai zum Richtpreis der Opec verkaufen und dabei unter den weit höheren Preisen auf den sogenannten Spot-Märkten bleiben. Dies erklärte der ägyptische Staatspräsident Sadat in Kairo. Nach Ablauf eines Jahres könne Isreal auch mehr als zwei Millionen Tonnen kaufen, dann aber zu den Spot-Markt-Preisen. Der israelische Verteidigungsminister Weizman hatte am Vortag lediglich erklärt, er habe mit Ägypten Einigung über die künftigen Öllieferungen und -preise erzielt.

Opec-Ausschuß befürwortet Dialog mit Industrieländern

LONDON, 7. November (AP). Der politische Ausschuß der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec) hat nach zwei Tage dauernden Beratungen in London Übereinstimmung darüber erzielt, daß die weltweiten Ölversorgungs- und Preisprobleme nur im Dialog mit den Industrieländern gelöst werden können. Mitglieder des politischen Ausschusses sind Algerien, der Irak, Iran, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela. Der venezolanische Olminister Calderón Berti, der die Ergebnisse der Aussprache bekanntgab erklärte, man strebe ein umfassendes Abkommen mit den Verbraucherländern an. Darin werde den Industrieländern eine sichere Ölversorgung unter der Voraussetzung garantiert, daß diese höhere, aber angemessene Preise für Erdöl, Metalle und andre Importgüter aus der dritten Welt zahlen.

Wie weit ist ein Minister verantwortlich?

Mainzer Landtag berät über Mißtrauensantrag gegen Theisen

mtz. MAINZ, 7. November. Wie weit ist ein Minister verantwortlich für das Versagen der ihm unterstellten Behörden? Mit dieser Frage hat sich am Mittwoch das Parlament in Mainz bei der Erörterung des von der SPD-Opposition gegen den Justizminister Theisen eingebrachten Mißtrauensantrages auseinandergesetzt. Theisen hatte sich im Sommer dieses Jahres auf zwei falsche Behauptungen seines Generalstaatsanwaltes in Zweibrücken verlassen und in gutem Glauben, wie auch die Opposition zugibt, unzutreffende Erklärungen öffentlich abgegeben. Der Justizminister sehen — die Schädigung des Ansehens der Justiz besonders auch im Ausland —, seien auch „politische Reaktionen" erforderlich, nämlich der Rücktritt des Ministers.

Ministerpräsident Vogel nahm seinen Minister in Schutz. Weder im Bereich der „Organisationsstruktur" noch bei der Auswahl des Personals seien Theisen Fehler nachzuweisen. Der Generalstaatsanwalt in Zweibrücken, der Theisen falsch informierte, sei „als ein Muster an Zuverlässigkeit" bekannt gewesen. Eine Zustimmung zu dem SPD-Mißtrauensantrag bedeute „die totale

Warten auf die Entscheidung Biedenkopfs

Parteien bereiten Listen zur Düsseldorfer Landtagswahl vor

L. B. DÜSSELDORF, 7. November. Von Professor Biedenkopf erwartet die CDU bald eine Entscheidung darüber, ob er in der Bundespolitik bleiben will, oder an der Seite des Ministerpräsidentenkandidaten Köppler zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen antritt. Die westfälische CDU bedrängt ihren Landesvorsitzenden, sich politisch in Düsseldorf zu engagieren, um so gemeinsam mit Köppler zum Ausdruck zu bringen, für wie wichtig man diese Landtagswahl im Mai 1980 im Vorfeld der Bundestagswahl hält. Der Kanzlerkandidat der Union, Strauß, hat dagegen ministeriums könnte Köppler im Falle eines Wahlsieges mit Überraschungen aufwarten. Er scheint derzeit bei der Zusammenstellung seiner Mannschaft auch über die Landesgrenzen hinauszuschauen. Eine der wichtigsten Fragen ist, wen Köppler zum Chef der Staatskanzlei in Düsseldorf berufen würde.

Bei der SPD ist die Vorabklärung über die Führungsspitze der Landesliste weiter fortgeschritten. Auf den Plätzen hinter Ministerpräsident Rau folgen Finanzminister Posser und Sozialminister Farthmann. Beide waren die schärfsten

flikt« überschreiben. Dieser Komplex ist in der Karikatur durch den »Pulverdampf«, die »Maschinenpistole« und das »Beil« der Justiz realisiert, im Bericht aus Bremen durch die Merkmale »stürmisch«, »Krawall« und »Geschäftsordnungsschlacht«. Ein ebenfalls auf beiden Seiten realisiertes Stereotyp ist der Zusammenhang von »Fanatismus« und »Massendynamik«: Jedesmal »verführt« ein »Individuum« die »ahnungslosen Massen« durch seinen mit Kalkül eingesetzten »Fanatismus«. Diese hinsichtlich der persischen Revolution ebenfalls schon automatisierte Basis-Erzählung wird in der Karikatur knapp, aber für eine Wiedererkennung hinreichend realisiert, nämlich durch den von Chomeini hochgehaltenen Koran, vor dem die gläubigen Massen niederknien. In Bremen agiert der »Verführer« – ganz so »ahnungslos« wie die Moslems sind die aufgeklärten Massen hierzulande natürlich nicht – eher verdeckt: *»Der im Hintergrund stehende Dutschke heizte seine grünen Freunde zusätzlich an«.* Zur Auslösung einer Massenbewegung reicht es auch hier allemal: *»Auszug aus der Bürgerschaft«.*

Die Presseberichterstattung über den zwischen November 1979 und März 1980 sich anschließenden Gründungsprozeß der Grünen Bundespartei beschränkt sich im wesentlichen auf die systematische Übertragung der Bedeutungsmerkmale von *Fundamentalismus* auf die neue Partei. Dabei werden insbesondere den beiden prominentesten Verfechtern der *Fundamentalopposition,* Rudolf Bahro und Petra Kelly, so zentrale Merkmale wie »Kompromißlosigkeit«, »Besessenheit« und »Messianismus« bescheinigt. Die weitreichende Homonymie (Identität) der Signifikanten wird als zusätzlicher Beweis für die Gleichartigkeit der Ereignisse in Persien und der BRD herangezogen. Durch den Austausch der Signifikate wird den Verfechtern der *Fundamentalopposition* fast wörtlich das Wort im Munde herumgedreht.

Im Herbst 1982, kurz vor der Bonner »Wende«, als der Einzug der GRÜNEN ins Bundesparlament vorhersehbar wird, ist die implizite Ausdehnung des Fundamentalismus-Begriffs im Diskurs der Medien bereits soweit automatisiert, daß sie nunmehr als Resultat einer expliziten Analyse präsentiert werden kann. In der FAZ erscheint erstmals eine systematische Entfaltung des bisher nur punktuell und konnotativ hergestellten Zusammenhangs zwischen dem Fundamentalismus der persischen Revolutionäre und der Politik der GRÜNEN. Nachdem der historische Vergleich zwischen GRÜNEN und Faschisten wegen mangelnder Evidenz-Effekte verworfen werden mußte, setzt der Kommentar zu einem meta-historischen Vergleich auf der Basis geistestypologischer Merkmale an:

> »Ebensowenig sinnvoll ist es, die Grünen der Nähe zur kommunistischen Gewaltideologie zu bezichtigen. *Kommunisten* und *Grüne* sind einander noch nicht einmal ähnlich, aber es gibt *etwas, das ihnen gemeinsam ist* und das – in Abwandlungen – einst auch die *nationalsozialistische Ideologie* charakterisierte, etwas, das in abermals abgewandelter Form auch die bedrohliche Intransigenz ausmacht, die an der *Theokratie Chomeinis* zu beobachten ist: ein Stück Heilsgewißheit. Gemeinsam ist allen die Verpflichtung auf ein als *unbedingt verbindlich angesehenes ›letztes Ziel‹ der Politik«* (Jürgen Busche: Die Unheilsgewißheit der Grünen. FAZ, 11. 9. 1982).

Damit wird die bereits oben angedeutete Äquivalenzkette zwischen »Chomeini«, »Kommunismus« und »Nationalsozialismus« um ein Glied erweitert und auf einen neuen gemeinsamen Nenner gebracht. Dieser gemeinsame Nenner, nämlich die Orientierung an einem *»als unbedingt verbindlich angesehenen, letzten Ziel«,* wird mit dem demokratischen, weil über formale Verfahren geregelten Parlamentarismus der Bundesrepublik für unvereinbar erklärt:

> »Damit ist in die Politik der Bundesrepublik ein Element gekommen, das es dort – zu ihrem Vorteil – mehr als dreißig Jahre lang nicht gegeben hat. Demokratische Politik bedeutet, *kompromißfähig* zu bleiben, und damit untrennbar verbunden: das grundsätzlich gerechtfertigte *Vertrauen* auf die Zuverlässigkeit des Partners, auch des politischen Gegners [...]. Demokratische Politik bedeutet nicht zuletzt: Anerkennung des Grundsatzes, daß es keine politischen Ziele gibt, die *Mehrheitsentscheidungen* außer Kraft setzen können. Der Versuch, Mehrheiten für ein als richtig angesehenes Ziel zu gewinnen, darf nicht Legitimation dafür werden, das angeblich Richtige vorweg der Mehrheit aufzuzwingen. Gerade dafür aber [...] gibt der fast schon *spirituelle Bezug auf die ›totale Katastrophe‹* [...] eine nahezu *totale Rechtfertigung«* (ebd.).

Nach dieser Definition von »Demokratie« können die GRÜNEN nicht trotz, sondern geradezu wegen ihres Engagements für *»als richtig angesehene Ziele«* unter dem Begriff *Fundamentalismus* als Gegner jeder demokratischen politischen Ordnung stigmatisiert werden:

> »Und natürlich [...] wird alles leichter, ungezwungener, selbstbewußter, wenn man in seiner politischen Orientierung so *fundamental* (um nicht zu sagen *fundamentalistisch*) zwischen richtig und falsch, gut und böse unterscheiden kann [...]. Hier [...] liegt der *undemokratische Charakter* der Grünen« (ebd.).

Dennoch funktioniert das politische Label *Fundamentalismus* nicht so undifferenziert wie zuvor etwa die Reihe »Marxismus/Kommunismus/Totalitarismus«. Im Falle der GRÜNEN geht es ja gerade darum, die für die faktische politische Ordnung der BRD »brauchbaren« von den »unbrauchbaren«, etwa antikapitalistischen oder antiindustrialistischen Positionen und Gruppierungen möglichst scharf zu unterscheiden. Zudem wird auch der zweiten Gruppe die Möglichkeit offengehalten, das Lager zu wechseln. Während »Kommunismus« und »Totalitarismus« wesentlich durch bewußte Einstellungen und Haltungen wie »Berechnung« und »Dogmatismus« gekennzeichnet sind, erscheint *Fundamentalismus* zumindest in seinem politischen Bedeutungsspektrum eher als unbewußte und korrigierbare Folge einer »Verblendung«. Jedoch ist »Verblendung« nicht »Blindheit« und läßt somit die Hoffnung auf Einsicht offen. So sekundiert einige Tage später (28. 9. 1982) die den GRÜNEN nahestehende TAZ dem parlamentarischen Kandidaten »An der Schwelle der Macht«: »Die Grünen müssen nicht nur, wie sie selber wissen, *lernen.* Sie müssen [...] jetzt *noch schneller lernen.*« Das Curriculum hat die ZEIT bereits unmittelbar nach dem Grundsatz-Artikel der FAZ festgelegt:

> »*Fundamental-Opposition* mag Wähler anziehen; in den Parlamenten aber ist Berechenbarkeit gefordert. [...] Politische Wirkung über die Demonstration hinaus können sie [die Grünen; Vf.] nur erzielen, wenn sie *Sachzwänge* und *Machbarkeit, Kompromisse* und *Vertragstreue* künftig zum bestimmenden Merkmal werden lassen. Der drei Jahre alte Beschluß, eine Bundespartei zu werden, hat seinen Preis. *Im Augenblick* ist nur eine Minderheit bereit, ihn zu zahlen. Die Mehrheit weigert sich, die *Fundamental-Opposition* aufzugeben und *praktische Politik* zu machen« (DIE ZEIT, 12. 11. 1982).

Spätestens mit dieser Gegenüberstellung rasten die inzwischen weitgehend gleichwertigen Begriffe *Fundamentalopposition* und *Fundamentalismus* in einen politischen Oppositionstypus ein, den Ludwig August von Rochau in der Mitte des 19. Jahrhunderts paradigmatisch entwickelt hat. Im zweiten, 1869 veröffentlichten Teil seiner »Grundsätze der Realpolitik« stellt von Rochau der »praktischen«, »gemäßigten«, auf »Rechnungswerten« basierenden, am »Möglichen« orientierten und zu »Kompromissen« bereiten »Realpolitik« den Typus der »abstrakten« bzw. »metaphysischen/religiösen« und »fanatischen Idealpolitik«, die auf »Glaubensbekenntnissen« beruht und »rigoristisch« auf das »absolut Beste« orientiert ist, gegenüber. Mit der oben exemplarisch demonstrierten Ankopplung an diesen im kollektiven politischen Bewußtsein fest etablierten Gegensatz-Typus wird die politische Geltung eines zuvor auf religiöse Sachverhalte bezogenen Signifikanten zusätzlich untermauert: *Fundamentalismus* gab es eben, wenn auch unter anderem Namen, »immer schon«.

Zugleich wird die Funktionsfähigkeit des Signifikanten weiter gesteigert. Wo zuvor Unsicherheit hinsichtlich der Einordnung der GRÜNEN in die politische Landschaft herrschte, ist der Basis-Konsens der demokratischen Presse nun recht bald wiederhergestellt. Unmittelbar nach Vollzug der Bonner »Wende« diskutieren die GRÜNEN auf einer Bundesdelegiertenkonferenz in Hagen über das künftige Programm der Bundespartei. Wie bei vorherigen Treffen dieser Art stoßen dabei eine Vielzahl unterschiedlicher Positionen aufeinander, die ausführlich und kontrovers diskutiert werden. Die Debatten führen zu einer ganzen Reihe von Beschlüssen und Resolutionen, während die Entscheidung anderer Fragen auf einen späteren Termin verschoben wird. Dank des neu entstandenen Ordnungsschemas stellt die Tagespresse in dieser Situation unter Beweis, daß ihr die von der FAZ eingeklagten demokratischen Tugenden der »Zuverlässigkeit« und »Vertrauenswürdigkeit« nicht abhanden gekommen sind. Sie reduziert das facettenreiche Geschehen auf **eine** Nachricht:

> »Die Frontlinie dürfte zwischen jenen Gruppen verlaufen, die am Konzept der *Fundamentalopposition* festhalten wollen, und denen, die eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien, zumal der SPD, für denkbar halten« (STUTTGARTER ZEITUNG, 13. 11. 1982).

> »Hier standen die Rigoristen, die kompromißlos die Ziele der Grünen durchsetzen wollen, den eher pragmatisch Ausgerichteten gegenüber« (FAZ, 13. 11. 1982).

> »In den Debatten wurden, wie dpa berichtet, vor allem zwei Richtungen deutlich. Ein eher ›reformistischer‹ Flügel [...]

setzte sich für konkrete Maßnahmen ein [...]. Dem setzten Vertreter der ›*Fundamentaloppositionr*‹ [...] die Forderung nach einer antikapitalistischen, die industrielle Wachstumsgesellschaft überwindenden Politik entgegen« (SZ, 15. 11. 1982).

»*Fundamentalopposition* wird von den einen gefordert, die anderen lassen Bereitschaft zur Zusammenarbeit erkennen« (STUTTGARTER ZEITUNG, 15. 11. 1982).

»Die Debatten [...] waren insgesamt von heftigen Kontroversen über die Frage bestimmt, inwieweit man sich zu Kompromissen mit traditionellen Parteien oder Politikern bereitfinden oder für eine *Fundamentalopposition* entscheiden solle« (STUTTGARTER ZEITUNG, 15. 11. 1982).

»Die Grünen sind in zwei Lager gespalten. Die einen [...] sind zu Kompromissen bereit. Die anderen [...] halten an der [...] *Fundamentalopposition* fest« (DIE WELT, 15. 11. 1982).

»Die neue Partei steht an einer Wegscheide« (STUTTGARTER ZEITUNG, 15. 11. 1982).

In den folgenden Monaten und Jahren wird die hier erstmals durchgängig entwickelte Konflikt-Typisierung als »Streit zwischen *Fundamentalisten* und *Realpolitikern*« auf den Begriff gebracht. Schon bald übernehmen die GRÜNEN, einst Vertreter einer nicht funktionalisierbaren *Fundamentalopposition,* diese funktionalisierende Formel für die eigene Streitkultur. Sie identifizieren sich, allenfalls zu Anfang noch mit ironischer Distanz, als *Fundis* oder *Realos.* Ihre vergleichsweise differenzierten und produktiven Diskussionen über Fragen der Energieversorgung, der Wirtschaftsordnung, des außenpolitischen Status der Bundesrepublik oder über ihre parlamentarische Strategie werden in der Presse nun zunehmend als Konflikte zwischen zwei gegensätzlichen Charakter-Typen personalisiert. Beliebte Paare sind Otto Schily *(Realo)* vs. Thomas Ebermann *(Fundi)* und Joschka Fischer *(Realo)* vs. Jutta Ditfurth *(Fundi),* wobei die Partner innerhalb eines Lagers austauschbar sind. Diese Konflikt-Ordnung wird auch innerhalb der Grünen, trotz immer wieder geäußerter Zweifel an ihrer Produktivität, nach und nach faktisch anerkannt. In dem Maße, in dem auch innerhalb der Partei nicht mehr zwischen einer Vielzahl vorhandener Positionen, sondern stets zuerst zwischen *Fundamentalismus* oder *Realismus* gewählt wird, hat sich der Begriff seine eigene Realität geschaffen.

Neue Anwendungsfelder für den Begriff *Fundamentalismus*

Während *Fundamentalismus* unter semiotischem Aspekt also zunächst einmal als eine Art Vorrat von bestimmten Bedeutungsmerkmalen erscheint, der sich in verschiedensten Konfliktfeldern einsetzen läßt, ist das Augenmerk unter diskurstheoretischer Perspektive stets auf die Einbindung der unter dem Begriff *Fundamentalismus* zusammengefaßten Merkmalsreihen in Oppositionspaare wie *Fundamentalismus vs. Realpolitik* zu richten. Die Funktionsweise des Signifikanten *Fundamentalismus* erschließt sich daher nicht allein über seine Signifikate; vielmehr ist zugleich seine Position im Bezugsfeld anderer Signifikanten und seine je aktuelle Funktion im Feld gesellschaftlicher bzw. politischer Konflikte, die diese Position wesentlich beeinflußt, in den Blick zu nehmen.

In der Medienberichterstattung, aber auch in der Politikwissenschaft, die sich des Fundamentalismus-Begriffs in jüngster Zeit stärker annimmt, lassen sich dagegen zwei andere Tendenzen des Umgangs mit diesem vagabundierenden Begriff beobachten.

Erstens ist die vermehrte Anwendung des Begriffs auf eine ganze Reihe von Kontroversen, die kaum noch etwas mit den Bezugsobjekten »islamischer« oder »grüner« *Fundamentalismus* zu tun haben müssen, zu konstatieren. *Fundamentalisten* und *Realpolitiker* gibt es nicht mehr nur bei der vierten Partei. Vielmehr ist dieses Gegensatzpaar von dem Moment an, wo es zum festen Bestandteil des Medien-Interdiskurses wurde, universell als Instrument der Binnendifferenzierung für politische, aber auch sonstige Gruppierungen verwendbar geworden. Selbst in den Reihen der CDU konnten Journalisten neben notorischen Realpolitikern wie Kohl und Geißler plötzlich »*Fundamentalisten* der Mitte« (TAZ, 28. 3. 1989) ausmachen; gelegentlich auch etwas extremere wie den Kurzzeit-Verteidigungsminister Scholz (»*Fundi* Scholz«, TAZ 12. 1. 1989).

Ein besonders schönes Beispiel für Sprach- und Literaturwissenschaftler ist der Philologenstreit um die Neuedition des »Ulysses« von James Joyce. So ordnet die ZEIT die auf einem Joyce-Kongreß vertretenen Positionen – unter zusätzlicher Konnotation der Vorstellungen von den verschiedenen Nationalcharakteren – wie selbstverständlich auf einer Achse »deutsche *Fundamentalisten*« vs. »englische Pragmatiker« vs. »amerikanisches Genie« an:

»Anscheinend sind es nun drei Parteien: das rabiate Genie, das die Welt in die Schranken fordert [ein Schillerscher Don Carlos also; Verf.]; die formalistischen *fundamentalistischen* Deutschen, die glauben, den idealen Text rekonstruieren zu können; und die pragmatischen Engländer, die nicht mehr wollen, als die gröbsten Fehler beseitigen« (DIE ZEIT, 10. 3. 1989).

Die Reihe ließe sich mit Beispielen zu beinahe beliebig vielen Bereichen fortsetzen: Für Jürg Altwegg (»Der Sturz des Übervaters«; FAZ 7. 2. 1990) sind die französischen Alt-Kommunisten eine dogmatische *»Sekte«,* deren letzte *»Ideologen und Prediger«* sich *»als Intrigisten und Fundamentalisten des Marxismus«* gebärden; orthodoxe Maoisten erscheinen in der TAZ als *»Fundamentalisten auch in Peking«* (13. 5. 1989) und selbst der »runde Tisch«, die große Koalition der DDR-Politik, scheidet die *Fundis* der Leipziger Montagsdemonstrationen zwischenzeitlich von den *Realos* der neu gegründeten Parteien.

Von diesem Status quo in der Verwendung des Fundamentalismus-Begriffs aus scheinen nun zwei Fragerichtungen möglich, die jeweils unterschiedliche theoretische Optionen beinhalten. Die eine – von uns gewählte Option – führt zur Beschreibung des diskursiven Mechanismus, der sich zwischen der linguistischen und der semiotischen Regularität von Aussagen ansiedelt und der die hier nachgezeichneten Kopplungen und Streuungen dieser Aussagen erst ermöglicht. Verzichtet man darauf, dann bleibt als zweite Option die Suche nach einem Zentrum, einem gemeinsamen »Ursprungsort« aller dieser Phänomene; ein Vorhaben, das von der Annahme einer de facto vorhandenen medialen Realität des Begriffs ausgeht, wobei der diese »Realität« erst begründende diskursive Funktionszusammenhang ausgeblendet wird.

Auf dieser Basis lassen sich zweitens Bemühungen um eine metatheoretische Systematisierung der unter dem Zeichen *Fundamentalismus* subsumierten Phänomene beobachten. Solche Versuche laufen in der Regel auf nichts anderes hinaus, als einen neuen Signifikanten *Der Fundamentalismus* (jetzt im Singular!) zu etablieren.

Sehr deutlich läßt sich dieses Vorgehen an zwei Publikationen des Politologen Thomas Meyer[4] belegen, dessen Analysen am Punkt einer bereits vorhandenen diskursiven Realität des Begriffs *Fundamentalismus* ansetzen. Das gibt ihm die Möglichkeit, die unter der Bezeichnung *Fundamentalismus/Fundamentalisten* gebündelten Ereignisse und Tendenzen als notwendige Dialektik der Aufklärung in ein Oppositionspaar *aufgeklärte Vernunft der Moderne* vs. *Fundamentalismus* (der Post-Moderne?[5]) einzubinden.

»Offenkundig treibt die weltweit, wenn auch in sehr verschiedenem Tempo und auf sehr verschiedenen Wegen voranschreitende Modernisierung aus denselben Kräften, denen sie ihre Dynamik verdankt, eine elementare Krise hervor, die die *fundamentalistische* Gegnerschaft gegen ihre Prinzipien, Formen und Ziele in beachtenswertem Umfang begünstigt.

So wie die Modernisierung universell geworden ist, scheint auch der *Fundamentalismus* radikale Gegenmodernisierung in je eigener Form und Stärke eine universelle Kraft zu werden. [...]

Es spricht manches dafür, daß der *fundamentalistische* Rückfall zu einer dauerhaften und machtvollen Negation des Projekts der Moderne werden könnte« (Meyer: »*Fundamentalismus* in der modernen Welt«, S. 7).

Ein solcher Ansatz erlaubt – phantasiert er doch für das eigene Schreiben das »helle Licht« und den »unverrückbar wahren Standort aufgeklärter Vernunft« – einen Gang durch verschiedenste gesellschaftliche Praxisbereiche, in denen die Opposition zum »Projekt der Moderne« jeweils als *Fundamentalismus* wiedererkannt wird: die Transzendentalpragmatik, der islamische, israelische, indische, protestantisch-amerikanische, aber auch katholische *Fundamentalismus,* der Marxismus und – sogar in historischer Sicht – die Arbeiterbewegung.

Ein solches Vorgehen findet sich nicht nur beim Politologen Thomas Meyer, sondern etwa auch bei einem Philosophen wie Robert Spaemann. Auch er operiert auf der Grundlage einer kleinsten gemeinsamen Schnittmenge semantischer Merkmale, die dann auf den Namen *Fundamentalismus* getauft wird.

»Was ist ein *Fundamentalist?* ›Ein Diskursverweigerer, ein Fanatiker, der nicht mit sich reden läßt‹, so etwa würde eine Definition in *fundamentalismus*kritischer Absicht lauten. Eine

apologetische Definition wäre vielleicht die: ›Ein Mensch, dem etwas heilig ist, das er nicht bereit ist, zur Disposition zu stellen‹. Damit mag das Problem umrissen sein, das sich in unserer Zivilisation hinter dem Schlagwort *›Fundamentalismus* verbirgt« (»Das Wort sie sollen lassen stahn. Versuch über den Fundamentalismus«; DIE ZEIT, Nr. 52, 22. 12. 1989).

Auf diese Weise entstehen gleichzeitig transzendentale, überdauernde »Wesens«-Merkmale von *Fundamentalismus,* und am Ende ist jeder – wie Spaemann erkennt – *»Fundamentalist von irgend etwas«.*

Bei einem solchen Vorgehen wird das semiotisch-diskursive Phänomen *Fundamentalismus* als eine auch außerhalb der Mediendiskurse existente Realität angesehen. Tatsächlich stützen sich solche verzweifelten Rückzugsgefechte des »Projekts der Moderne« eher auf Medieneffekte als auf Realitäten. Das Verfahren, höchst verschiedene »reale« Phänomene mit dem interdiskursiv verwendbaren Begriff *Fundamentalismus* zu belegen, darf nicht einfach mit der Bündelung dieser Aspekte zu einem Epiphänomen *Fundamentalismus* in eins gesetzt werden. An die Stelle des Binarismus von *Fundis* vs. *Realos* tritt jetzt das Oppositionspaar »abendländische« *Aufklärung* vs. *Fundamentalismus,* der diskursive Mechanismus bleibt jedoch bestehen. Hier ist zumal dann Vorsicht geboten, wenn ein solchermaßen gefüllter Begriff *Fundamentalismus* offenbar in der Lage ist, ein Sinndefizit auszufüllen und wenn die Medien ihr eigenes Produkt in einem fatalen Kreislauf selbst wieder begierig rezipieren. So sendet der WDR am 27. 6. 1989 einen Beitrag von Ghanie Ghaussy mit dem Titel *»In Opposition zur modernen Welt: Der islamische Fundamentalismus der Gegenwart«.* Fredy Gsteiger titelt in der ZEIT (Nr. 2, 5. 1. 1990) *»Fundamentalismus auf dem Vormarsch. Ein Kreuzzug gegen die Moderne. Alle islamischen Regierungen haben die Radikalen zu fürchten«.* Sven Papcke überschreibt eine Rezension von Alain Finkelkrauts – in spätaufklärerischer Tradition stehendem – Buch »Die Niederlage des Denkens« natürlich mit *»Wider den Fundamentalismus«,* und auch Barbara Sichtermann bedient sich in einem Bericht über Abtreibungsgegner und -gegnerinnen des gleichen Binarismus:

> »Das Denken unterm Schirm eines Prinzips, das nicht befragt werden darf, ist Merkmal des *Fundamentalismus* – sei er religiös oder weltlich, politisch oder ästhetisch, organisiert oder vereinzelt. *Fundamentalisten* sind keineswegs arm im Geiste – im Gegenteil, oft leisten sie enorme Denkanstrengungen, aber sozusagen in geduckter Haltung, denn an das Prinzip dürfen sie nicht anstoßen. Ihre scholastischen Deduktionen dienen vielmehr seiner Legitimation und seinem Ruhm – im Gegenzug spendet es Schutz und Sinn. Dieses vorkritische Denken ist geistesgeschichtlich längst erledigt. Aber da sieht man mal, wie wenig sich die wirre Wirklichkeit nach unserem Schema richtet. Der *Fundamentalismus* lebt weiter. Selbst in Gesellschaften wie der unseren, die aufgrund jüngerer Erfahrung mit der Intoleranz geheilt sein müßte, setzt er periodisch zu neuen Exerzitien an. Populär wurden hierzulande die grünen *Fundis,* denen nun wohl das Aus droht. Vom Dogmatismus der neuen Linken blieb ferner die RAF, die noch im Knast ihrem Prinzip opfert. Und nun haben wir als jüngsten Vertreter des *Fundamentalismus* die Lebensrechtsbewegung: mit dem obligaten Sendungsbewußtsein an der Schwelle zum dritten Jahrtausend« (DIE ZEIT, Nr. 26, 23. 6. 1989, S. 73).

Im ZEIT-Magazin (Nr. 10, 2. 3. 1990 und Nr. 11, 9. 3. 1990) schließt sich der Wiedererkennungs-Zirkel. Unter dem Titel: *»Schleier und Schwert. Auf der ganzen Welt kämpfen islamische Fundamentalisten gegen die verhaßten Werte des Westens«* wird der Islam, einst Ausgangspunkt der hier rekonstruierten Übertragungs-Reihe, nunmehr zum *primus inter pares* erkoren: *»Ein Steppenbrand des fundamentalistischen Islam ist ausgebrochen, der alle anderen Fundamentalismen* [Plural! Vf.] *unserer Zeit an politischer Sprengkraft übertrifft.«*

Neueste Tendenzen: Feindbild *Fundamentalismus*

Nachdem das auf einem West-Ost-Gegensatz und den ihn stabilisierenden Gleichgewichtssymboliken beruhende Feindbild durch die Entwicklungen in Ungarn, Rumänien, der DDR und nicht zuletzt durch die Perestroijka Gorbatschows in sich zusammengefallen und an seine Stelle das Symbol des »gemeinsamen europäischen Hauses« getreten ist, läßt sich eine neue Konjunktur der *Fundamentalisten* und des *Fundamentalismus* beobachten.

Pointiert könnte man sagen, daß das Feindbild »Sowjetunion« durch das – schon immer vorhandene – Feindbild der »unberechenbaren«, »fanatischen«, »islamischen« *Fundamentalisten* abgelöst worden ist. Es gilt nicht mehr, den orthodox-verbohrten Kommunisten westliche Kapital-Manieren beizubringen, sondern »alter« und »neuer« Kapitalismus, BRD und UdSSR scheinen jetzt gleichermaßen vom »unberechenbaren« *Fundamentalismus* bedroht zu sein. Die TAZ überschreibt am 22. 1. 1990 ihr Tagesthema: *»Gorbatschows Perestroika gerät unter den Druck des islamischen Fundamentalismus. Der Konflikt um Berg-Karabach entwickelt sich zu einem Konflikt zwischen Sowjetmacht und Islam«;* Christian Schmidt-Häuer sieht in der Ausgabe vom 23. 2. 1990 die Gefahr, daß der Sowjetunion jetzt *»Pluralismus, Fundamentalismus und Nationalismus«* drohen. Ähnlich war in der Zeit (Nr. 4, 19. 1. 1990) von einer *»Balkanisierung«* bzw. *»Libanonisierung«* der Sowjetunion mit *»Chaos und Blutvergießen«* die Rede (Theo Sommer: »Wenn das rote Reich zerbirst«). *Fundamentalismus* vs. *westliche Zivilisation, oriental-religiöser Fanatismus* vs. *okzidentale Aufklärung,* auf diese Gegensatzpaare stützen sich auch Texte mit auf den ersten Blick ganz anderer Thematik, etwa Sabine Kebirs Beitrag in der TAZ vom 8. 1. 1990, der über die in Algerien vermehrt zu beobachtenden Übergriffe *»islamischer Fundamentalisten«* auf *»europäisch gekleidete Frauen«* berichtet *(»Fundamentalisten machen mobil«).*

Hier wird zugleich ein Dilemma deutlich. Einerseits sind diese Übergriffe real vorhanden. Zum anderen stabilisiert ein solcher Bericht jedoch das Feindbild des *islamischen Fundamentalismus* auch außerhalb dieses speziellen Zusammenhangs, wenn von Gewalt und Intoleranz die Rede ist, *»die von den stetig stärker werdenden fundamentalistischen Strömungen ausgehen«,* von *»der seit Jahren schon anwachsenden fundamentalistischen Bewegung«,* der *»Macht der Fundamentalisten«,* den *»aus dem Orient stammenden islamisch-fundamentalistischen Ideologien«.*

Anmerkungen

1 Vgl. Ute Gerhard/Rolf Parr: Fundamentalisten/Realpolitiker. Kurzer diskurstheoretischer Abriß. In: kulturRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie. Essen, Nr. 15, Juli 1987, S. 49–54. (Anm. der Redaktion: Der Ausdruck *Begriff* wird hier in einem vortheoretischen alltagssprachlichen Sinn verwendet und bezieht sich gleichermaßen auf die Inhalts- und Ausdrucksseite des sprachlichen Zeichens. In der Terminologie der Diskurstheorie unterscheiden die Autoren im folgenden zwischen *Signifikant* und *Signifikat,* s. Anm. 3.)

2 Vgl. Jutta Kolkenbrock-Netz: Diskursanalyse und Narrativik. Voraussetzungen und Konsequenzen einer interdisziplinären Fragestellung. In: Jürgen Fohrmann/Harro Müller (Hg.): Diskurstheorie und Literaturwissenschaft. Frankfurt a. M. 1988, S. 261–283, hier: S. 273.

3 »Signifikant« meint hier das Zeichen als Zeichen, also etwa die Buchstabenkette »F-u-n-d-a-m-e-n-t-a-l-i-s-m-u-s«, wohingegen »Signifikat« für die dem Signifikanten jeweils zugeordneten Bedeutungen steht. Die gesellschaftliche Logik der Zuordnung zwischen beiden ist ein wesentlicher Gegenstand der Diskursanalyse im hier praktizierten Verständnis.

4 Thomas Meyer (Hg): Fundamentalismus in der modernen Welt. Die Internationale der Unvernunft. Frankfurt 1989. Ders.: Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne. Reinbek 1989.

5 Vgl. Michael Mönninger: Rückzug in die Wagenburg. In: FAZ, 30. 5. 1988: »Daß der Begriff der ›Postmoderne‹ nicht so sehr im ästhetischen Geplänkel heutiger Kunstströmungen aufgeht, sondern für die beispiellose Renaissance des religiösen *Fundamentalismus* stehen könnte, ist eine immer noch ungewohnte Einsicht. Dabei zeigt das Erstarken des jüdischen, islamischen, christlichen und zum Teil grün-alternativen *Fundamentalismus* am deutlichsten, was der nachmodernen Epoche blüht.«

Ute Gerhard arbeitet am Germanistischen Institut der Ruhr-Universität Bochum; sie war Mitarbeiterin am DFG-Projekt »Kollektivsymbole des Industriezeitalters«; Rolf Parr ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Projekt »Vereinigungen von Schriftstellern und Journalisten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts« (Universität Bochum); Benno Wagner ist wissenschaftlicher Koordinator am Literatur- und Kommunikationswissenschaftlichen Graduiertenkolleg der Universität-Gesamthochschule Siegen.

»Aber mein Weltbild habe ich nicht, weil ich mich von seiner Richtigkeit überzeugt habe; auch nicht, weil ich von seiner Richtigkeit überzeugt bin. Sondern es ist der überkommene Hintergrund, auf welchem ich zwischen wahr und falsch unterscheide.«

Ludwig Wittgenstein

DIE 2. AMTLICHEN WIENER GESPRÄCHE ZUR REFORM DER DEUTSCHEN RECHTSCHREIBUNG

Ergebnisse der Sitzung vom 21. bis 23. Mai 1990

von Wolfgang Mentrup

Wurde in SPRACHREPORT 4/89 unter der Überschrift *»Im Vorfeld der Wiener Gespräche 1990«* über die 7. wissenschaftliche Arbeitstagung zur Reform der deutschen Rechtschreibung berichtet, so geht es im folgenden um einen weiteren und diesmal amtlichen Schritt in Richtung auf eine Rechtschreibreform, nämlich um die »2. Wiener Gespräche« – wobei die Ordinalzahl die Kontinuität der Bemühungen nunmehr auch auf der amtlich-politischen Ebene zum Ausdruck bringt (zu den Wiener Gesprächen im Dezember 1986 vgl. SPRACHREPORT 1/87). Die Ergebnisse der diesjährigen Konferenz sind in der Abschlußerklärung (siehe Kasten) zusammengefaßt, deren neun Punkte ich im einzelnen kommentiere.

1. Als Einladende und Gastgeberin begrüßte die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport, Dr. Hilde Hawlicek, die Delegationen aus den 10 Ländern, unter denen sich gegenüber den 1. Wiener Gesprächen 1986 nun auch Delegationen aus Rumänien und Ungarn befanden. Die Ministerin forderte die Versammlung auf, gemäß den mehr allgemeinen Rahmen-Vereinbarungen von 1986 nunmehr konkret die Arbeit an einer vernünftig reformierten Regelung der Rechtschreibung der deutschen Sprache anzugehen – d.h. der Sprache, die den in Wien vertretenen Ländern gemeinsam ist, dabei jedoch ihre je spezifische Rolle in der Kommunikation des einzelnen Landes hat. Als sehr förderlich für die gemeinschaftliche Arbeit erwies sich, daß die nahezu 50 Teilnehmer(innen) – insgesamt gesehen – aus Institutionen unterschiedlichster Art stammten; so aus jeweils zuständigen Ministerien und vergleichbaren staatlichen Behörden, aus Schulämtern und dem Praxisbereich der Schule, aus sprach- und literaturwissenschaftlichen, germanistischen und pädagogischen Institut(ion)en u.ä.m.

2. u. 3. Zum einen wurden in den in der Abschlußerklärung unter Punkt 2 und 3 referierten Rahmen-Vereinbarungen von 1986 durch den Rückverweis auf die 2. Orthographische Konferenz 1901 in Berlin historische Bezüge verdeutlicht. Damals wurden die 1902 veröffentlichten *»Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichnis«* beschlossen und im weiteren für Schulen und Behörden im deutschsprachigen Raum amtlich verbindlich; diese Regeln sind noch heute gültig. Ausschließliches Ziel der Beratungen von 1901 war, angesichts der vielen Rechtschreibbücher mit nur regionaler Geltung eine einheitliche Regelung zu erzielen. Im Unterschied zur gescheiterten 1. Orthographischen Konferenz 1876 in Berlin gelang dies zwar, doch blieb der zweite Grundsatz von 1876, nämlich die Einfachheit der Regelung durch deren erhöhte Regelhaftigkeit, auf der Strecke. Es liegt in der sachlogischen Konsequenz dieser historischen Linie, die Wiener Gespräche als 3. Orthographische Konferenz anzusehen, deren Aufgabe es ist, diesen Grundsatz der erhöhten Regelhaftigkeit und der damit gegebenen Einfachheit und leichteren Handhabbarkeit endlich zu verwirklichen – dies vor allem auch angesichts der weiteren Entwicklung der allgemein praktizierten Rechtschreibung, die gegenüber dem Stand von 1901 vor allem durch die Bearbeitungen in den zahlreichen Neuauflagen der Duden-Rechtschreibung enorm kompliziert gemacht wurde, so daß sie trotz aller intensiven Bemühungen in der Schule von den wenigsten beherrscht wird.

Zum anderen wurden 1986 im einzelnen bestimmte Arbeitsschritte für die weiteren Sitzungen der 3. Orthographischen Konferenz vereinbart, die auch das Vorgehen bei den diesjährigen Gesprächen maßgeblich steuerten.

4. Bei diesem Punkt ist in Erinnerung zu bringen, daß an den wissenschaftlichen (Vor-)Arbeiten seit längerem die folgenden vier Arbeitsgruppen beteiligt sind:

- Kommission für Rechtschreibfragen des Instituts für deutsche Sprache (IDS), Mannheim/Bundesrepublik Deutschland;
- Forschungsgruppe Orthographie des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin und der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock/ Deutsche Demokratische Republik;
- Koordinationskomitee für Orthographie beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, Wien/ Österreich;
- Arbeitsgruppe Rechtschreibreform der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Bern/Schweiz.

Auf den internationalen Arbeitstagungen wurden und werden sukzessive Vorschläge zur Neuregelung der einzelnen Bereiche erarbeitet und am Ende der jeweiligen »Runde« von den vier Arbeitsgruppen verabschiedet.

Darüber hinaus nutzten die Mitglieder der Arbeitsgruppen jede Möglichkeit, über die jeweils vorliegenden Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit auch außerhalb des Rahmens dieser internen Kooperation mit Wissenschaftlern und weiteren an dem Thema »Schriftsystem, Schreibung, Orthographie und Reform« Interessierten zu diskutieren und sich mit kritischen Stellungnahmen auseinanderzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Zeit vom Oktober 1988 bis heute, d.h. seit der Übergabe des *»Vorschlags zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung«* durch das IDS an die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und an den Bundesminister des Innern (BMI) als Auftraggeber. Die in dieser recht breit gestreuten und zum Teil recht heftigen Diskussion vorgebrachten einleuchtenden Verbesserungsvorschläge wurden für entsprechende Korrekturen bei der Endredaktion vorgemerkt.

5. Dieses Vormerken gilt auch für die kritischen Hinweise, die in Wien zu einzelnen Punkten der Regeln für die im Punkt 5 der Abschlußerklärung aufgeführten Bereiche vor allem auch aus der Arbeitsgruppe Rechtschreibreform der KMK einschließlich des BMI vorgetragen wurden und die die leichte Einschränkung der Formulierung *»weitgehende Akzeptanz«* erklären. Der zudem ausgesprochenen Empfehlung, für die Getrennt- und Zusammenschreibung Möglichkeiten einer weiteren Vereinfachung zu prüfen, werden die Wissenschaftler entsprechen.

6. Die im Punkt 6 der Abschlußerklärung angesprochene *»behutsame und pragmatische Vorgangsweise (...), wie sie sich in der internationalen Diskussion der Sprachwissenschaftler abzeichnet«,* bezieht sich auf die inhalt-

ABSCHLUSSERKLÄRUNG der 2. WIENER GESPRÄCHE

zur Reform der deutschen Rechtschreibung vom 21. bis 23. Mai 1990

Auf Einladung des österreichischen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport fand vom 21. bis 23. Mai 1990 in Wien die 2. Konferenz zur Reform der deutschen Rechtschreibung statt, an der Delegationen aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, aus Italien/Südtirol, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich, Rumänien, der Schweiz und Ungarn teilnahmen.

Auf der 1. Konferenz am 4. und 5. Dezember 1986 in Wien war Einvernehmen darüber erzielt worden, die auf der Orthographischen Konferenz 1901 in Berlin erreichte einheitliche Regelung der deutschen Rechtschreibung den heutigen Erfordernissen anzupassen und die in vielen Teilbereichen im Laufe der Zeit kompliziert gewordenen Regeln zu vereinfachen.

Im einzelnen wurde 1986 vereinbart,

- in einem ersten Schritt die Bereiche Zeichensetzung, Worttrennung, Getrennt- und Zusammenschreibung, Laut-Buchstaben-Beziehung sowie Fremdwortschreibung zu behandeln und in einem zweiten Schritt die umstrittene Groß- und Kleinschreibung;
- auf der nächsten Sitzung diejenigen Neuregelungsvorschläge auf ihre politische Umsetzbarkeit hin zu erörtern, die von den Wissenschaftlern erarbeitet und international abgestimmt sind.

Die Teilnehmer der diesjährigen Konferenz stellten einvernehmlich fest, daß es sich bei den inzwischen vorliegenden bzw. sich abzeichnenden wissenschaftlichen Arbeiten zur Rechtschreibreform um den am besten durchdachten Neuregelungsvorschlag zur deutschen Rechtschreibung handelt, der seit der Orthographischen Konferenz von 1901 erarbeitet wurde.

Die international bereits abgestimmten Regeln zu den Bereichen Zeichensetzung, Worttrennung am Zeilenende sowie Getrennt- und Zusammenschreibung einschließlich der Schreibung mit Bindestrich fanden bei allen Delegationen weitgehende Akzeptanz. Im Bereich Getrennt- und Zusammenschreibung wurde den Wissenschaftlern empfohlen, Möglichkeiten einer weiteren Vereinfachung zu prüfen.

Für die Bereiche Laut-Buchstaben-Beziehung und Fremdwortschreibung wurde eine behutsame und pragmatische Vorgangsweise gutgeheißen, wie sie sich in der internationalen Diskussion der Sprachwissenschaftler abzeichnet (Verzicht auf eine forcierte Assimilation der Fremdwortschreibung; eine konsequentere Durchsetzung der Stammschreibung, aber keine weitergehenden Lösungen, die beispielsweise Wörter wie Kaiser, Boot und Aal verändern würden).

Für den Bereich der Groß- und Kleinschreibung wurden die Wissenschaftler ermuntert, im Hinblick auf ein Gesamtregelwerk der deutschen Rechtschreibung alternative Lösungen auf der Basis des status quo und der vorliegenden Reformvorschläge weiter auszuarbeiten.

Nach Abschluß der wissenschaftlichen Arbeiten und ihrer Prüfung durch die zuständigen staatlichen Stellen soll – voraussichtlich 1993 – die zwischenstaatliche Meinungsbildung in einer weiteren Wiener Konferenz fortgesetzt werden. Die Unterzeichnung einer Übereinkunft zur Reform der deutschen Rechtschreibung wird für 1995 angestrebt.

Die Delegationen bekräftigten, daß nur eine Reform in Betracht kommt, die den ganzen deutschen Sprachraum erfaßt. Sie dankten Österreich dafür, daß es bisher die Koordination in dieser Frage übernommen und aufgrund einer einhelligen Bitte der Delegationen seine Bereitschaft erklärt hat, diese auch in Zukunft vorzunehmen.

lichen Änderungen für die Laut-Buchstaben-Beziehung und Fremdwortschreibung, die auf der 7. Arbeitstagung im Oktober 1989 zwischen den vier Arbeitsgruppen vereinbart wurden (vgl. SPRACHREPORT 4/89). Erleichtert oder vielleicht überhaupt erst ermöglicht wurde die sehr sachliche Diskussion über diese Bereiche dadurch, daß die vornehmlich in der Systematik begründeten und z.T. leidenschaftlich kritisierten Vorschläge der IDS-Kommission zu den Wortgruppen um *Kaiser, Boot* und *Aal* sowie um *fair/Trainer, Bulletin* und *Nuance* »vom Tisch« waren und die Vorschläge zur konsequenteren Regelung der Stammschreibung (z.B. *Fluss–Flüsse, Maß–Maße; überschwänglich* wegen *Überschwang; nummerieren* wegen *Nummer; Schifffahrt* wie *Sauerstoffflasche*) und zur behutsamen Variantenführung auf im Sprachgebrauch bereits »angebahnten Wegen« insgesamt als moderat und vernünftig angesehen wurden. Auf der nächsten wissenschaftlichen Arbeitstagung im September 1990 in Mannheim werden die dann ausformuliert vorliegenden Regelwerke dieser zwei Bereiche verabschiedet.

7. *»Im Hinblick auf ein Gesamtregelwerk der deutschen Rechtschreibung«* wurde die Berücksichtigung der Groß- und Kleinschreibung allgemein als notwendig angesehen. Die Ermunterung an die Adresse der Wissenschaftler, *»alternative Lösungen (...) weiter auszuarbeiten«,* war getragen von der Überlegung, für die noch ausstehende Diskussion dieses schwierigen Bereichs eine möglichst fundierte Materialgrundlage zu schaffen. Aus dieser sollen einerseits die spezifische Art der jeweiligen Lösung sowie ihre Konsequenzen – auch etwa für den Bereich der Getrennt- und Zusammenschreibung – deutlich werden. Andererseits soll in dieser Diskussionsgrundlage das Pro und Contra der Alternativen dargelegt werden. Insgesamt geht es darum, in einer sachlich geführten Auseinandersetzung die verschiedenen Lösungen gegeneinander abzuwägen und eine der Wichtigkeit dieses Bereichs angemessene und vernünftige Entscheidung zu treffen. Mitglieder der oben erwähnten vier Arbeitsgruppen sagten zu, auf der Basis sowohl des status quo als auch des 1982 erarbeiteten Reformvorschlags der Substantivkleinschreibung entsprechende Vorlagen zu erstellen. Als dritte Variante wurde der 1982 von der Gesellschaft für deutsche Sprache vorgelegte Vorschlag der »Modifizierten Großschreibung« mit in die Diskussion einbezogen, für den von einem Mitglied der Gesellschaft eine Überarbeitung in Aussicht gestellt wurde.

8. *»Abschluß der wissenschaftlichen Arbeiten«* bedeutet dreierlei: Zum ersten geht es um die Verabschiedung

der Regelwerke zur Laut-Buchstaben-Beziehung und Fremdwortschreibung auf der Arbeitstagung im September 1990 (vgl. oben Punkt 6) und um die Fertigstellung der Vorlagen zur Groß- und Kleinschreibung. Zum zweiten ist komplementär zum Regelteil mit seinen sechs Bereichen ein Wörterverzeichnis herzustellen, das seit einiger Zeit in Arbeit ist. Zum dritten sind im Zuge der Endredaktion die Regelwerke zu den Bereichen vor allem formal und terminologisch aufeinander abzustimmen sowie zugleich die – auch aus der Diskussion sich ergebenden – vorgemerkten Korrekturen durchzuführen. Spätestens Anfang 1992 wird der Abschluß dieser wissenschaftlichen Arbeiten erreicht und der Weg zu ihrer Prüfung durch die zuständigen staatlichen Stellen in den einzelnen Ländern offen sein. Bei den 3. Wiener Gesprächen, für die das Jahr 1993 vorgesehen wurde, kann die zwischenstaatliche Behandlung des Gesamtregelwerks, d.h. insbesondere der Bereiche Laut-Buchstaben-Beziehung und Fremdwortschreibung sowie der Groß- und Kleinschreibung, fortgesetzt werden wie auch dann – etwa 1995 – die angestrebte Unterzeichnung einer internationalen Übereinkunft erfolgen, durch die die noch heute amtliche Regelung der deutschen Rechtschreibung von 1901 per amtlichen Beschluß ersetzt wird durch eine reformierte.

Diese Zeitstaffelung mag manchem als noch recht lang erscheinen; doch angesichts der Tatsache, daß von 1876 und 1901 an gerechnet das Bemühen um eine auch vereinfachte Rechtschreibregelung bis 1995 den Zeitraum von 120 bzw. 95 Jahren umfaßt, kommt mir die Zeit der noch ausstehenden Jahre nicht mehr lang vor.

9. Die Bestätigung der Gastgeberrolle Österreichs auch für die noch ins Haus stehenden weiteren zwei Sitzungen der 3. Orthographischen Konferenz sichert die Kontinuität der Bemühungen auch auf dieser amtlich-politischen Ebene, von der eingangs die Rede war – wobei der deutliche Wille aller Beteiligten, sich auf eine einheitliche Reform für den gesamten deutschsprachigen Raum zu einigen, sich eindrucksvoll in die Ausgleichs- und Einigungsbestrebungen einfügt, die gegenüber 1986 und seit jüngerem sowohl den binnendeutschen als auch den europäischen Lebensraum in neuer Weise entscheidend umgestalten.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Sprache und Mitglied der Kommission für Rechtschreibfragen.

KÄMPFERSPRACHE UND SPRACHKRÄMPFE oder: *»Dabeisein ist alles«*

Schönhubers Sprache

von Andreas Musolff

»Ich kann das nicht verstehen, was waren das für tapfere und schöne Menschen.« (...) *»Sie waren oben in der Burg eingeschlossen. Sie kämpften buchstäblich bis zum letzten Mann. Gegen eine tausendfache sowjetische Übermacht. Warum bloß, warum?«* Auf diese Frage seiner ersten, aus einer ungarisch-jüdischen Familie stammenden Ehefrau antwortet der ehemalige Waffen-SS-Unterscharführer Franz Schönhuber in seiner (laut Verlag bereits 130.000mal verkauften) Autobiographie *»Ich war dabei«* mit dem Hinweis auf minimale Überlebenschancen für die Waffen-SS-Angehörigen im Fall einer Gefangennahme. Worauf Eva – alles verstehend und verzeihend – den Vergleich findet: *»Die SS hatte die Tätowierung unter der Achsel, meine jüdischen Verwandten in den KZs die Tätowierung auf dem Handrücken. So war jeder gebrandmarkt, konnte seinem Schicksal kaum entgehen«* (S. 297f.).

Diese Szene allein könnte dem sprachlich oder historisch sensiblen Leser bereits so aufstoßen, daß er auf die weitere Lektüre verzichten möchte. Eine Lektüre des »Bekenner-Schreibens« des ehemaligen Waffen-SS-Manns Schönhuber lohnt sich m.E. allerdings dennoch, vor allem im Hinblick auf die sprachlichen Stilmittel seiner »Vergangenheitsbewältigung«. Schönhuber beansprucht, *»weder Zeuge der Anklage noch der Verteidigung [...], sondern Augenzeuge einer Zeit«* sein zu wollen, in der er *»dabei war«* (S. 7), jenseits der *»Einseitigkeiten«* der Re-Education (S. 9). Dieses Wahrhaftigkeitspathos artikulieren auch die durch das ganze Buch hindurch wiederholten, zumeist auf Untaten der »anderen Seite« hinweisenden, stereotypen Wendungen nach dem Muster: *»Der Gerechtigkeit halber muß ich erwähnen, ...«* (S. 83, s. auch 40f., 105, 143f., 175f., 194, 217, 290, 310). Von einer so um Wahrhaftigkeit bemühten Schrift könnte man einen sehr subjektiven Sprachstil erwarten, der den inneren Erlebniswert der Kriegserfahrungen des Autors für den Leser miterlebbar macht, oder einen weitgehend deskriptiven Sprachgestus. Schönhubers Darstellung der Waffen-SS ist jedoch geprägt von Bildern aus »großer« Vergangenheit, Klischees und lexikalisierter Metaphern, die die Waffen-SS in die Tradition berühmter Kämpfergruppen stellen und in eine unproblematische Geschichtswahrnehmung einordnen.

Heroisierung

Schon den Erhalt seines Einberufungsbefehls zur *»Leibstandarte SS Adolf Hitler«* erhebt Schönhuber ins Heroische:

> *»Das Tragen des Ärmelstreifens ›Adolf Hitler‹ war der für alle deutlich sichtbare Ausweis, daß man zur Garde gehört, ein Prätorianer geworden ist. Für diese Truppe galt die Devise der garde napolienne: ›Die Garde stirbt, aber sie ergibt sich nicht‹. Die Angehörigen der Leibstandarte hielten sich daran. Ihre Gräber im russischen Land sind verweht und vergessen wie die ihrer tapferen französischen Vorgänger des Jahres 1812«* (S. 42).

Die Assertion der Erfüllung der Devise der Garde im letzten Satz macht deutlich, daß der Vergleich zwischen der Waffen-SS und der Garde Napoleons für Schönhuber nicht nur Beschreibung einer »damaligen« Gefühlsaufwallung ist, sondern eine immer noch gültige historische Einschätzung darstellen soll.

Offen wird in »Ich war dabei« dokumentiert, in welcher Ideologie-Tradition solche Vergleiche stehen: Schönhuber zitiert G. Benns Spruch *»Hört ihr den Marschtritt der Million, Hitler größer als Napoleon«* (S. 34) und beschreibt, daß sich die französischen Freiwilligen der SS-Brigade *»Charlemagne«* [!], in der er Ausbilder war, als Nachfolger der Garde Napoleons fühlten – und er übernimmt diese Heroisierung auch für die eigene Einschätzung (S. 118, 124). Den Vergleich des von ihm offen verehrten SS-Generals Felix Steiner zwischen den französischen Waffen-SS-Angehörigen und den preußischen Verteidigern Kolbergs kommentiert er mit der Assoziation, es *»[erschütterte] jeden geschichtsbewußten Menschen, daß die Urenkel napoleonischer Soldaten, die damals Kolberg erfolglos belagerten, im letzten Krieg neben den Nachfahren ihrer damaligen Gegner kämpften und starben«* (S. 130). Im Kontext eines weiteren von Steiner übernommenen Vergleichs zwischen Napoleon und Hitler spricht er in bezug auf die »Garden« dieser »Feldherren« vom *»Schwertadel«* bzw. den *»Haudegen, die sich vom Unteroffiziersstand bis zum Marschall hoch gefochten hatten«* (S. 110, s. auch S. 289).

In die Richtung einer Re-heroisierung der Waffen-SS als »reiner« Kampftruppe weist auch die Verwendung des Prädikats *»Prätorianer«*, das auf die Krieger-Elite der römischen Cäsaren Bezug nimmt. Schönhuber gebraucht diese Bezeichnung sowohl als »historische Vokabel«, die das Selbstgefühl der Waffen-SS als Truppe ausgewählter Kämpfer indizieren soll (S. 42, 104, 334), wie zur Beschreibung ihres »tapferen« Einsatzes aus der historischen Rückschau (S. 253, 262, 266). Die Vorstellung, die sich die Waffen-SS von sich selbst machte: das Bild einer Kriegerkaste, die, im Grunde unpolitisch, nur für den Kampf lebte, wird als historische Realität dargestellt. Etwaige nicht ins Bild passende Aspekte, wie der personelle Austausch zwischen den Kampf- und den KZ-Truppen der SS oder die von der Waffen-SS verübten Kriegsverbrechen werden verschwiegen, oder das alliierte Beweismaterial für sie wird bezweifelt (zum historiographischen Aspekt vgl. Düsterberg 1989). Wo dies nicht möglich ist, wie im Fall des Geiselmordes in Oradour, werden Kriegsverbrechen als Ausnahmeerscheinungen hingestellt, die zwar zu verurteilen, aber auch zu erklären seien: angestaute Wut der SS-Krieger über gegnerische Untaten sowie Schlaflosigkeit, Angst und Erschöpfung hätten *»manche Sicherung durchbrennen«* lassen (S. 336).

Die lexikalisierte technische Metapher von der »durchbrennenden Sicherung« paßt auch in das Begriffsfeld, aus dem eine weitere Lieblings-Metapher Schönhubers stammt: die Kennzeichnung der Waffen-SS als *»Feuerwehr, die überall hingeworfen wurde, wo es brannte«* (S. 17f., vgl. auch S. 153, 227, 335). Der Unterschied der Waffen-SS zur Wehrmacht wird hier auf den technischen Aspekt der Hilfe in »brenzligen« Kampfsituationen beschränkt. Im Kontext der »Feuerwehr«-Metapher spricht Schönhuber vom besonders hohen *»Blutzoll«*, den die Waffen-SS entrichtet habe (S. 18, 335): auch diese etablierte Redewendung dient der Hervorhebung der angeblichen primären Funktion der Waffen-SS als Kampf- (also eben nicht: Terror-) Truppe des Hitlerreiches. In ähnlich archaisierendem Tonfall wird die Waffen-SS als *»letztes Aufgebot«* (S. 156) bzw. als *»Speerspitze«* (S. 220, 335) bezeichnet; es fehlt nicht einmal ihr *»Ehrenschild«*, der zwar *»Flecken«* habe, aber – wie »der Gerechtigkeit halber« hinzugefügt wird: *»Nicht mehr und nicht weniger als der anderer Armeen auch, darunter auch der der deutschen Wehrmacht«* (S. 335, s. auch S. 175). Ihren Höhepunkt erreicht die verbale Heroisierung des SS-Kämpfertums in der Rede vom *»Kriegsgott«*. Zunächst schickt Schönhuber mit leichter Distanzierung ein Zitat voraus: er habe es vermieden, *»unreflektiert stolz auf das zu sein, was der Historiker Nolte über die europäischen Waffen-SS-Freiwilligen schrieb (...): ›Sie waren die letzten Söhne des Kriegsgottes‹«* (S. 19). Später präsentiert er den Chef der SS-Division *»Wallonie«*, Léon Dégrelle, als *»Prototyp des christlichen Soldaten der Waffen-SS«* – aussehend *»wie ein Kriegsgott persönlich«* (S. 126). Der Leser darf diesen *»Kriegsgott«* auch auf zwei Fotos bewundern, die im Buch neben persönlichen Dokumenten des Autors und Propagandabildern der Waffen-SS abgedruckt sind. Fotos von Opfern der SS-*»Kriegsgötter«* und von KZs fehlen. Diese SS-Photos vermitteln, ähnlich wie die aus dem NS-Jargon übernommene Metaphorik Schön-

FÖRDERPREIS FÜR GERMANISTISCHE SPRACHWISSENSCHAFT 1991 DER HUGO MOSER STIFTUNG

im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Höhe des Preises: DM 12.000
Begünstigte: Nachwuchswissenschaftler
Letzter Termin für Bewerbungen und Vorschläge: 31. Juli 1990

Die wichtigsten Bedingungen für die Verleihung des Förderpreises sind:

- Der Preis wird von der Hugo Moser Stiftung jährlich vergeben. Diese Stiftung wurde zur Förderung der germanistischen Forschung und Lehre durch Unterstützung von Nachwuchswissenschaftlern der Germanistik errichtet.
- Der Preis kann vergeben werden auf der Grundlage von
  a) Eigenbewerbungen interessierter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen
  b) Vorschlägen von Hochschullehrern für germanistische Sprachwissenschaft aus dem deutschsprachigen Raum.
- Bewerbungen und Vorschläge sollten begründet werden mit einem Arbeitsplan oder einer noch nicht abgeschlossenen Arbeit zu einem Thema aus dem Bereich der germanistischen Sprachwissenschaft. Berücksichtigt werden in erster Linie Forschungsarbeiten, die besonderer Anstrengungen — auch finanzieller Art — bedürfen und die Forschungsschwerpunkte des Stifters fortführen.
  Der Bewerbung bzw. dem Vorschlag sind neben dem Lebenslauf des betreffenden Nachwuchswissenschaftlers ein Exposé über Ziel und Gang des Forschungsvorhabens sowie Belege bereits erbrachter Forschungsleistungen beizufügen. Professoren in Lebenszeitstellung, hauptamtliche Mitarbeiter des Instituts für deutsche Sprache und Nachwuchswissenschaftler, die älter als 40 Jahre sind, kommen als Bewerber nicht in Frage.
- Über die Preisvergabe entscheidet der wissenschaftliche Beirat der Stiftung. Die Preisverleihung erfolgt im Rahmen der Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache.
  Der Beirat hat die Möglichkeit, den Preis zu teilen oder in einem Jahr nicht zu verleihen.
  Die Auszahlung kann auch sukzessive nach Arbeitsfortschritt erfolgen.

Bewerbungen und Vorschläge sind zu richten:

IDS

An den
Wissenschaftlichen Beirat
der Hugo Moser Stiftung
Institut für deutsche Sprache
Friedrich-Karl-Straße 12
Postfach 10 16 21
D-6800 Mannheim 1

hubers ein Bild der Waffen-SS als einer dem Kampf »an sich« verschriebenen Kriegertruppe, der durch eine Verbindung mit den KZ-Wachmannschaften der SS größtes Unrecht geschehe.

Apologetische Darstellung

Daß Schönhuber seine Sprache keineswegs »unbewußt« verwendet, zeigt sich an einer Reihe von Sprachthematisierungen in seinem Buch, z.B. in bezug auf die Faszination von Tagesbefehlen oder Propagandaparolen und SS-Losungen (S. 59, 65, 130; s. auch seine Hinweise auf die Schizophrenie von Himmlers Ideologie des Mitleids mit Ratten bei gleichzeitiger »Vertilgung« der Juden »wie Ungeziefer«: S. 299; und auf die bewußte Vermeidung der spezifischen SS-Dienstgradbezeichnungen zugunsten der Wehrmachtsdienstgrade: S. 109, 291). Schönhubers »Sprachbewußtsein« ist jedoch einseitig ausgeprägt: die menschliche Sprache reiche, so heißt es, nicht aus, *»um der Entrüstung* [über die Ermordung von Kindern in Konzentrationslagern] *Ausdruck zu verleihen«* (S. 332); an anderer Stelle gelingt ihm die Formulierung, die französischen SS-Freiwilligen seien, *»um in der Terminologie von heute zu sprechen, Faschisten mit menschlichem Antlitz«* gewesen (S. 118, vgl. auch S. 143).

Angesichts solch professioneller Sprach-»Beherrschung« erscheint mir eine »Unschuldsvermutung« gegenüber dem Sprachstil Schönhubers unangebracht. Seine Adaptionen der heroischen Bildersprache der Lingua Tertii Imperii (Sprache des Dritten Reichs) passen zu gut in die inhaltliche Richtung der in *»Ich war dabei«* verfolgten apologetischen Darstellung der Waffen-SS, als daß sie dem gewieften Benutzer politischen Vokabulars Schönhuber nur aus Versehen untergekommen sein könnten. Sein Gebrauch von Vergleichen und Metaphern läuft auf die Neutralisierung des Aspekts der Verwicklung der Waffen-SS in die NS-Kriegsverbrechen und in den Holocaust zugunsten ihres Kämpfertums »auf verlorenem Posten« hinaus, dessen Rehabilitierung in bezug auf die Krieger-*»Ehre«* er fordert (S. 317, 338). Daß dieses Kämpfertum der *»Faschisten mit menschlichem Antlitz«* den Betrieb der Gaskammern in den Vernichtungslagern bis 1945 erst ermöglichte, wird ausgeklammert. So anti-nazistisch sich Schönhuber auf der Ebene von Deklarationen gibt (s. S. 322f., 336ff.) – die Faszination des *»Kriegsgottes«* und der Stolz, Angehöriger der *»Garde«, »Feuerwehrmann«* im Krieg gewesen zu sein, blitzen immer wieder auf – und sollen dies wohl auch. Da erscheint mir das von Schönhuber im Anhang seines Buches zitierte Lob der Waffen-SS-Division *»Totenkopf«* durch den Generalfeldmarschall von Manstein vom 5. 11. 1943, wenn auch unfreiwillig, ehrlicher gewesen zu sein: *»Ihr seid Mordskerle«.*

Der SS-Kommandeur hatte dem *»nichts hinzuzufügen«.* Soweit *»Mordskerle«* auch unmetaphorisch zu verstehen ist, sollte es, finde ich, dabei bleiben.

Literaturhinweise

Düsterberg, R.: Ich war dabei. Franz Schönhuber und die Waffen-SS. In: Krieg und Literatur/War and Literature 1, 2 (1989), S. 9–46.

Ehlich, K. (Hrsg.): Sprache im Faschismus. Frankfurt a.M. 1989.

Haß, U.: Sondermüll und Wiederverwertung. Neue Metaphern im öffentlichen Wortschatz. In: SPRACHREPORT 3/89, S. 13–16.

Klemperer, V.: LTI. Notizbuch eines Philologen. Frankfurt a.M. 1985.

Schönhuber, F.: Ich war dabei. München 1989.

Sternberger, D./Storz, G./Süskind, W. E.: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Frankfurt a.M., Berlin 1986.

Stötzel, G.: Nazi-Verbrechen und öffentliche Sprachsensibilität. In: Sprache und Literatur 63 (1989), S. 32–52.

Strauß G./Haß, U./Harras, G.: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin/New York 1989.

Der Autor ist Lecturer am Modern Language Department der Aston University, Birmingham.

SPRACHE HAT UNS WAS ZU SAGEN!

Deshalb

IDS SPRACH REPORT

P 20157 F

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

Reden Sie mit! Per Abonnement:

SPRACHREPORT erscheint vierteljährlich. Ein Jahresabonnement kostet 12,– DM einschließlich Porto.

Ich abonniere die Zeitschrift SPRACHREPORT ab Heft ___/90. Dieses Abonnement kann ich frühestens nach Ablauf eines Jahres kündigen. Es verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn ich die Kündigung nicht 2 Monate vor Ablauf des Abonnements schriftlich mitteile.

Vor- und Zuname: _____

Adresse: _____

_____

Datum: _____ 1. Unterschrift: _____

Die Rechnung wird an die oben genannte Adresse zugestellt. Ich kann dieses Abonnement eine Woche nach Erhalt des ersten Heftes schriftlich widerrufen. Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, daß ich mein Widerrufsrecht zur Kenntnis genommen habe.

Datum: _____ 2. Unterschrift: _____

An: Institut für deutsche Sprache, – Sprachreport –, Postfach 101621, 6800 Mannheim 1

Deutsch-deutsche Zusammenarbeit

Kooperation in Sachen Sprache

War das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Kooperationsmöglichkeiten und Grundlage zur Planung erster gemeinsamer Forschungsprojekte des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft (ZISW) und des IDS, so steht heute der vertraglichen Regelung einer umfassenden, intensiven Zusammenarbeit beider Institute nichts mehr im Wege. Nach ersten Verhandlungen im Januar dieses Jahres in Mannheim steht nun als Ergebnis der im Juni in Berlin fortgesetzten Beratungen fest: Im Herbst 1990 wird es zu einer vertraglichen Vereinbarung kommen, die die deutsch-deutsche Zusammenarbeit in Sachen Sprache intensiviert und es vor allem ermöglicht, die wissenschaftliche Dokumentation und Beschreibung der Sprachentwicklung arbeitsteilig vorzunehmen.

Mit Sondermitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, die das IDS beantragt hat, soll das ZISW noch in diesem Jahr mit dem Aufbau eines maschinenlesbaren Textkorpus mit Texten der »politischen Wende 1989/90« beginnen können. Auf diese Weise könnte eine komplementäre Dokumentation des Gegenwartsdeutschen entstehen, die das am IDS aufgebaute Textkorpus sinnvoll ergänzt. Die hierzu erforderliche moderne Datentechnik soll noch in diesem Jahr in gemeinsamer Verantwortung eingesetzt werden, wobei das IDS vor allem bei der Ausbildung von Mitarbeitern des ZISW und bei der Beschaffung einer geeigneten apparativen Ausstattung unterstützend mitwirkt.

Der geplante Vertrag wird insgesamt folgende Punkte enthalten:

- dauerhafte Kooperation und Abstimmung der Arbeitspläne;
- verstärkte Kooperation in Projekten;
- gemeinsame Sammlung und Verarbeitung von Sprachdaten;
- ständige Information über komplementäre Projekte zur deutschen Gegenwartssprache;
- regelmäßige gemeinsame Arbeitstreffen;
- Austausch von Wissenschaftlern.

Für die Erforschung der deutschen Gegenwartssprache in dem sich vereinigenden Deutschland bedeutet dies vor allem zweierlei: Erstens kann mehr getan werden, weil durch Koordination Doppelarbeit vermieden wird, und zweitens kann es besser getan werden, weil die sprachwissenschaftliche Kompetenz beider Institute sich addiert.

Stellungnahme von Mitarbeitern des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft zur Massenentlassung von Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften

Die Akademie der Wissenschaften der DDR, Nachfolgerin der Preußischen, dann Deutschen Akademie der Wissenschaften, steht zehn Jahre vor der 300. Wiederkehr der Begründung der Berliner Akademietradition in einer ihrer schwersten Krisen. Die Akademieleitung und diejenigen Mitglieder der Akademie, die die Unterordnung der Akademie unter die Einparteienherrschaft jahrzehntelang verantwortet haben, verharren trotz aller Beschwörungen und Appelle der Mitarbeiter seit Monaten in reserviertem Schweigen. Die Lebensfragen unserer Bevölkerung und die Probleme der Einbeziehung der Wissenschaftler in ein künftiges gesamtdeutsches Wissenschaftssystem werden durch die Leitungsgremien der Akademie entweder gar nicht oder völlig unzureichend behandelt. Die Konsequenzen dieser Haltung für die Zukunft der Mitarbeiter der Akademieinstitute sind katastrophal.

Den Mitarbeitern des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft, die an überwiegend langfristigen Akademieprojekten tätig sind (Beispiele: Deutsches Wörterbuch /Grimm/, Goethewörterbuch, mehrere andere wissenschaftliche Wörterbücher, Forschungen zur deutschen Sprachentwicklung, zu ausgewählten Fremdsprachen, zu Grundfragen der Sprachtheorie und Computerlinguistik) wurde heute mitgeteilt, daß die Haushaltsmittel für die vierzehn geistes- und sozialwissenschaftlichen Institute der Akademie ab 1. Juli 1990 von 19,5 Mill. auf 9,3 Mill. DM gekürzt werden. Diese Kürzung hat einen Personalabbau von rund 50 % zur Folge. Für das Zentralinstitut für Sprachwissenschaft bedeutet dies die Entlassung von mindestens 85 wiss. Mitarbeitern. Es erfüllt uns mit Empörung und Verbitterung, daß das unter den politischen Bedingungen der Vergangenheit hart erarbeitete internationale Ansehen des Instituts und die über viele Jahre bewiesene Bereitschaft zahlreicher Mitarbeiter, sich kritisch zu Forderungen der Machtorgane der SED zu verhalten, in dieser Situation kaum noch gewürdigt wird.

Wir wissen, daß auch die Arbeit unseres Instituts umgestaltet werden muß und sich internationalen Bewertungen zu stellen hat. Wir bitten hiermit alle Kollegen in der Bundesrepublik und im Ausland, die unsere Arbeit kennen und beurteilen können, sich bei den für Wissenschaft und Forschung zuständigen Ministerien in der Bundesrepublik und in der DDR gegen die Zerstörung der Arbeitsgruppen unseres Instituts und für die Hoffnung der Mitarbeiter einzusetzen, ihr Engagement für Sprachwissenschaft und für die Erforschung des Deutschen und ausgewählter Fremdsprachen in ein geeintes Deutschland einbringen zu können.

Diese Stellungnahme wurde auf Verlangen der Vollversammlung des ZISW vom 19. Juni 1990 abgefaßt.

19.06.1990

Prof. Dr. Hartmut Schmidt
Vors. des Wiss. Rates des ZISW